Angehörigen Info

C 10190 7.8.1998 Preis: 3,00 DM 210

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Auf zur internationalen Konferenz

„Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!"

Im Frühjahr 1993 gründeten verschiedene Gruppen und Einzelpersonen aus der radikalen Linken den Initiativkreis Libertad! Ziel des Initiativkreises ist es, eine Kampagne für einen internationalen Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit in Gang zu setzen.

Die Idee dazu konkretisierte sich im Schwung der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München 1992 zusammen mit Vertreter/innen aus Befreiungsbewegungen aus verschiedenen Ländern.

Mit dem Initiativkreis Libertad! war für diese Idee die organisierende Struktur auf deutscher Seite geschaffen. Internationaler Kampftag als ein Ausdruck der Internationalisierung der Kämpfe um die Freiheit der politischen Gefangenen, das geht nur aus einer Kampagne, die in ihrem Aufbau schon aus einem gemeinsamen internationalen Diskussions- und Mobilisierungsprozeß entsteht.

Darin sind in letzter Zeit einige Entscheidungen auf den Weg gekommen:

1. 1996 wurde auf dem internationalen Treffen, zu dem die zapatistische Befreiungsbewegung EZLN nach Chiapas/Mexiko eingeladen hatte, der 10. Dezember als Datum für den internationalen Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit beschlossen.

Diese Verabredung blieb jedoch unverbindlich. Auch wenn in vielen Ländern an diesem Tag Initiativen und Aktionen von vielen, denen die Menschenrechte vorenthalten werden - von der möglichen politischen Wirkung und Durchschlagkraft eines gemeinsam organisierten internationalen Kampftages sind wir noch weit entfernt. Am 10. Dezember 1938 wurde die Deklaration der Menschenrechte durch die UNO verabschiedet. Dieses Ereignis wird sich 1998 zum 50. Mal jähren. Von herrschender, offizieller Seite wird es dann rund um den Globus tönen, daß das kapitalistische System - das beste aller Systeme - der wahre Hüter der Menschenrechte sei.

Höchste Zeit also, daß dieser Tag weltweit von den Unterdrückten und Verfolgten selbstbestimmt und international gemeinsam organisiert gestaltet wird. In den Kämpfen aller, deren Würde aufgrund der herrschenden Lebensbedingungen mit Füßen getreten wird, werden Menschenrechte definiert als das Recht auf Leben unter Bedingungen, die ein Leben als Menschen möglich machen. Denn die Sache der Menschenrechte ist die Sache von allen, die darum kämpfen. Und der Kampf um Menschenrechte ist letztlich ein Kampf um die Aufhebung der kapitalistischen Bedingungen, in denen sie nicht zu verwirklichen sind.

2. Im Sommer 1997 gründeten wir das Organisationskomitee zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz „Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit". Es soll die Teilnahme aller in der BRD ansässigen Gruppen und Organisationen an den Diskussionen und der praktischen Vorbereitung möglich machen. Über den Initiativkreis Libertad! hinaus haben sich dazu bisher der Informationsdienst Schleswig-Holstein, das Solidaritätskomitee Ramos Vega und die Informationsstelle Kurdistan zusammengeschlossen. Verbindliche Mitarbeit ist nicht nur möglich, sondern erwünscht!

3. 1997 lud der Initiativkreis Libertad! in zeitlicher Nähe zum 10. Dezember zu einer Veranstaltung für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit mit internationaler Beteiligung ein. Vertreter/innen von Gestoras Pro Amnistia aus dem Baskenland, von Coordinamento nazionale Mumia Abu-Jamal aus Italien, vom Komitee zur Verteidigung der palästinensischen Gefangenen in Israel ADDAMEER aus Syrien, von der Menschenrechtsorganisation IHD aus der Türkei, von Angehörigen der politischen Gefangenen aus Peru und von Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD berichteten über die Situation der politischen Gefangenen und der Solidaritätsarbeit in den verschiedenen Ländern.

Positiv sprachen sie sich für den Vorschlag aus, eine internationale Konferenz durchzuführen, um neue Perspektiven der internationalen Solidarität mit den politischen Gefangenen weltweit zu eröffnen.

Dazu der Vertreter von Gestoras pro Amnistia:

„Was unsere Beteiligung an einer internationalen Konferenz für politische Gefangene angeht, wir finden diese Idee nicht nur interessant, sondern was die Erfahrungen, das Durchlebte in der letzten Zeit angeht, auch für notwendig. Wir und auch die Gefangenen haben uns in der Situation einer

Türkei: Schon wieder vier Menschen „verschwunden"





Neslihan Uslu (oben) und Metin Andas. Siehe dazu Seite 15

Machtlosigkeit befunden, z.Bsp. auch bei den Hungerstreiks von PCE/R und GRAPO vor einigen Jahren, was es an Streiks und Aktionen gab in der Türkei, in Palästina, in Peru, in Mexiko, in Argentinien, deshalb ist es auch wichtig, so eine internationale Konferenz zu machen, um auf einen Minimalkonsens zu kommen, um irgend etwas Gemeinsames zu haben, ein Netzwerk zu gründen."

Der Vertreter des IHD sagte: „Es ist wichtig, daß eine internationale Konferenz für die politischen Gefangenen einberufen wird, und ein Vorbereitungskomitee sollte diese Konferenz vorbereiten, und es sollten Arbeitsgruppen gegründet werden, die mit dem Vorbereitungskomitee arbeiten ... Ich denke, es sollte eine allgemeine Sprache vorhanden sein.

Bei den Forderungen sollte man für die politischen Gefangenen nicht um Gnade bitten, um Amnestie unbedingt bitten, sondern ihre politischen Forderungen unterstützen und legitimieren. Widerstand ist ein Recht für diejenigen, die unterdrückt werden, also Widerstand zu leisten ist ein allgemeines Recht, ein globales Recht."

4. Ende April 1998 richteten Genoss/innen vom Coordinamento nazionale Mumia Abu-Jamal in Florenz ein Folgetreffen aus. Anwesend waren Vertreter/innen der Organisationen, die auch in Frankfurt an der Veranstaltung teilgenommen hatten. Das internationale Komitee gegen das Verschwindenlassen (ICAD) nahm zusätzlich dort als Beobachter teil.

Bei dieser erneuten Zusammenkunft wurde ein internationales Vorbereitungskomitee für eine erste internationale Konferenz für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit gegründet.

Daran sind bis jetzt beteiligt: aus dem Baskenland Gestoras Pro Amnestia, aus Deutschland Initiativkreis Libertad! und das im Sommer 1997 gegründete Organisationskomitee zur Vorbereitung der internationalen Konferenz, aus Italien Coordinamento nazionale Mumia Abu-Jamal, das Komitee zur Verteidigung der palästinensischen Gefangenen in Israel ADDAMEER und der IHD aus der Türkei.

Die Konferenz soll an Ostern 1999 in Deutschland stattfinden.

In der Diskussion wurden von den Anwesenden inhaltliche und organisatorische Vorschläge für die Konferenz ausgetauscht.

Zu der Konferenz sollen Befreiungsbewegungen, Solidaritätsorganisationen und Basisbewegungen eingeladen werden. Einige haben ihre Teilnahme schon zugesagt: so die Madres de Plaza del Majo aus Argentinien, die MLN Tupamaros aus Uruguay und das Solikomitee Georges Balafas aus Griechenland. Außerdem wurde die Wichtigkeit betont, Beiträge von politischen Gefangenen selbst zu integrieren.

Ende Juni verabschiedete das internationale Vorbereitungskomitee auf einem seiner jetzt regelmäßig stattfindenden Treffen einen Vorschlag für die inhaltlichen Schwerpunkte der Diskussion auf der Konferenz.



Einigkeit besteht darin, daß die Internationalisierung der Kämpfe für die politischen Gefangenen notwendig ist.

Gemeinsam beziehen wir uns auf politische Gefangene aus den verschiedenen Kämpfen und Bewegungen - aus Widerstands-, Befreiungs- und Basisprozessen in aller Welt, aus den Klassenkämpfen für die Abschaffung der Klassengesellschaft. Solidarität ist für uns unteilbar - sie gilt allen politischen Gefangenen, egal, ob sie aus bewaffnet kämpfenden Organisationen oder aus anderen kommen.

Die Weichen sind gestellt. Die erste internationale Konferenz für die Freiheit der politischen Gefangenen soll ein Schritt zu einem langfristigen internationalen Diskussions- und Aktionsprozeß sein.

Beteiligt Euch an den Vorbereitungen!
Libertad! und das Organisationskomitee (in Deutschland) bieten allen Gruppen und Organisationen an, auf Treffen oder Veranstaltungen über die Hintergründe und den aktuellen Stand der Konferenz zu berichten.

Libertad! / Organisationskomitee
c/o 3.-Welt-Haus, Westerbachstr. 47/HH, 660489 Frankfurt/M, Tel. (0 69) 97 84 34 44, Fax (0 69) 9 78 43 45, Mailbox: (0 69) 9 7 84 34 46,
e-mail: libertad@link-f.rhein-main.de,
Internet: http:/www.geocities.com/CapitolHill/Lobby/1981, Spendenkonto: Nr. 202 15 811, Ökobank FFm, BLZ 500 90 100

Regionale Adressen:
Solidaritätskomitee Ramos Vega, Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin, Tel/Fax (0 30) 2 51 85 39
Informationsstelle Schleswig-Holstein IDSH, Bahnhofstr. 44, 24534 Neumünster, Tel/Fax (0 43 21) 4 65 42
Infostelle Kurdistan, Koelhoffstr. 10, 50676 Köln, Tel. (02 21) 9 23 44 97, Fax: (02 21) 9 23 44 99
basis, Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken, Tel. (06 81) 3 99 99 0, Fax (06 81) 3 41 45
Paula, Hauptstr. 36, 87740 Buxheim (bei Memmingen)



Belgien

Ein Treffen zum internationalen Tag der revolutionären Gefangenen

Am 20. Juni fand in Gent (Belgien) eine Veranstaltung zum internationalen Tag der revolutionären Gefangenen statt. Dieser Tag erinnert an das Massaker vom 19. Juni 1986 an über 300 gefangenen Revolutionären in Peru. Seit mehreren Jahren gibt es anläßlich dieses Tages zahlreiche Veranstaltungen in vielen Ländern. So z.B. ein internationales Treffen in Mailand. In Belgien war es das zweite Treffen dieser Art - letztes Jahr in Brüssel und dieses Jahr in Gent.

Bereits letztes Jahr beteiligten sich Gruppen und Delegationen aus Frankreich, Deutschland, Belgien, Italien, den Niederlanden und der Schweiz. Dieses Jahr wurde das Treffen gemeinsam von der Assoziation der Eltern und Freunde von kommunistischen Gefangenen und von Anarchist Black Cross-Gent organisiert. Es kamen Gruppen aus Frankreich, Österreich, der Schweiz, Deutschland, Großbritannien und Belgien. Es gab Info- und Büchertische, einige Gruppen hielten Redebeiträge, Diskussionen fanden an den Büchertischen statt.

Die Veranstalter hatten auf eine gemeinsame Diskussion, eine Art runden Tisch, gehofft. Dieser fand jedoch nicht statt. Die Schwächen des ersten Treffens im Vorjahr sind leider nicht aufgehoben worden, bei dem es auch zu keiner Diskussion im größeren Kreis gekommen war. Es war trotzdem gut, sich wieder zu treffen, Kontakte zu knüpfen und aufrechtzuerhalten.

Nach dem offiziellen Teil setzten sich noch einige Leute in kleinerer Runde aus fünf Ländern zusammen. Wir waren uns einig, daß dieses zweite Treffen nicht das letzte gewesen sein soll und daß wir nächstes Jahr einiges anders machen wollen.

Es gab konkrete Verbesserungsvorschläge. Die beiden wesentlichen waren, daß man nächstes Jahr den Informationsteil und den Diskussionsteil klar voneinander abgrenzen sollte. Und zum anderen, daß die inhaltlichen Beiträge und die Fragen, die die Gruppen für eine Diskussion zentral erachten, bereits vor dem nächsten Treffen allen teilnehmenden Organisationen und Gefangenen zugesandt werden. Erst so konnten wir uns den Einstieg in eine fruchtbare Auseinandersetzung vorstellen. Und wir denken, daß es einen weiteren Versuch wert ist!

Internationalistisches Komitee, Saarbrücken

Erklärung der Gefangenen aus Action Directe zum internationalen Tag der revolutionären Gefangenen

Auf der Veranstaltung in Gent, von der auf der vorigen Seite berichtet wird, wurde unter anderem eine Erklärung der Gefangenen aus Action Directe vorgetragen, die wir im folgenden dokumentieren, um sie der Diskussion, die von solch einer Veranstaltung immer ausgeht, zugänglich zu machen. Wer darüber mit den Gefangenen aus Action Directe direkt diskutieren möchte, sie auf folgende Adressen verwiesen:

Joëlle Aubron
prisonnière politique, MAF 31504 u
9, av. des Peupliers, 91700 Fleury Mérogis

Nathalie Ménigon
prisonnière politique, MAF 32091 g
9, av. des Peupliers, 91700 Fleury Mérogis

J. Marc Rouillan
prisonnier politique, 969 B204
BP 155, Rue des Saligues,
65300 Lannemezan
alle France

„Es gibt keine Revolution ohne Gewalt. Wer die Gewalt nicht akzeptiert, kann das Wort Revolution aus seinem Wortschatz streichen.“ Malcom X

Die politischen Gefangenen und die Frage der revolutionären Gewalt

Der Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen ist nichts Neutrales und ist es nie gewesen. Es muß vor allem um einen Wiederaneignungsprozeß des Konzepts revolutionärerer Gewalt gehen. Heute ist dieser Prozeß mit dem Tabu und dem wirklich bleiernen Deckel konfrontiert, der nach den Niederlagen und Rückzügen der Guerilla und der gesamten antagonistischen Kräfte auf diesem Kontinent auf der Bewegung liegt. Die Bourgeoisie hat sogar den Gedanken an Gewalt unterdrückt.

Von Paris bis Neapel, von den Arbeitsplätzen bis zu den Straßen der Gettos beginnt eine Neuzusammensetzung der revolutionären Kräfte. Das ist nicht zu leugnen. Und in diesem Wiederaufleben muß die Bewegung heute in sich den Willen finden, sich aus der einfachen Wiederholung der Botschaft der antiterroristischen Denunziation und aus der Banalisierung der verwässerten revolutionären Sprache herauszuziehen. Diese beiden Verrätereien fesseln nämlich die Proletarier an dieselbe unterwürfige Ohnmacht.

Jahre von reformistischem Pazifismus und die alte Leier von politischen Kleingruppen darüber, was die Gegengewalt der Ausgebeuteten und Unterdrückten sein sollte, und vor allem, was sie nicht sein sollte, haben jede Perspektive auf Emanzipation vernebelt. Natürlich beschwören einige noch das Gewehr, jedoch immer noch, ohne konkret für die Vorbereitung und die Organisierung des revolutionären Krieges zu handeln. Für sie ist die Zeit für die revolutionäre Aktion nie reif.

In den 80er Jahren haben die großen Antiterrorismuskampagnen des Staatsschutzes selbstverständlich mit diesen beiden Verrätereien der falschen Revolutionäre gespielt. Und heute noch organisieren manche Leute Kampagnen für die Freiheit der politischen Gefangenen auf denselben Grundlagen der Kollaboration:

- Vor allem anderen behaupten sie, daß der bewaffnete Kampf von den 60er bis zu den 80er Jahren unnötig gewesen sei, daß er nur ein „Todestrieb“ nach dem Mißerfolg der Barrikaden von 68 gewesen sei, daß sein einziger Ursprung die schlecht verheilte Geschichte der 40er Jahre gewesen sei. Das Wesentliche ist für all diese „Solidarischen“, das Kapitel zu beenden. Die Schlußfolgerung, die sich von selbst aufdrängt, ist, daß nichts mehr passieren wird und ihre alten und neuen Verrätereien gerechtfertigt würden.
- Andere mystifizieren die Mißerfolge der 80er Jahre, allein auf die Niederlage der Guerilla reduziert, hinter dem Plunder des Katechismus des anerkannten Protestlers. Und die großen leeren Floskeln des Ideologismus werden wieder aus dem Hut gezaubert: Es gibt keine Partei, es gibt keine klassenkämpferische Gewerkschaft, keine organisierte eigenständige Bewegung, ...

Die Befreiung der politischen Gefangenen ist bei diesen Nachhut-Kampagnen der letzte Akt in der Neuschreibung der revolutionären Geschichte auf unserem Kontinent ab den 60er Jahren. Sie äußert sich in der partiellen und sektiererischen Kritik, die von den neuen Kramläden inszeniert wird.

Wir, die seit Jahren in den Gefängnissen die Geiseln der Macht sind, wir lehnen es ab, heute zu Objekten dieser niederträchtigen Manöver zu werden.

Für die Befreiung der politischen Gefangenen kämpft man weder mit Mildtätigkeit noch mit Humanismus. Die Darstellung der Situation der politischen Gefangenen muß vor allem eine Agitprop-Aktion sein. Sie geht unmittelbar über ihren Rahmen hinaus, um die grundlegenden Fragen des revolutionären Prozesses in unserer Zeit anzugehen. Das ist also eine politische Handlung, ein Klassenstandpunkt, eine Kampfhandlung für die Wiederaneignung des Gedächtnisses und des Wissens, für mehr Macht und an einem bestimmten Punkt des Kampfes für die Zerschlagung der bürgerlichen Macht. Mit dem Kampf für die Befreiung eignet man sich die vernebelte Geschichte mit ihrer Kampferfahrung wieder an. Aber vor allem anderen eignet man sich die Vorstellung von Legitimität der „Gegengewalt“ wieder an.

Diese Legitimität ist über Jahre hinweg zerstückelt, beschmutzt und verdreht worden.

In seinem Verlauf produziert der Klassenkampf sie jedoch und produziert sie unerbittlich immer wieder; ganz einfach deshalb, weil sie Teil der Gewalt des kapitalistischen Systems ist. Die erste Gewalt ist diejenige der Ausbeutung, des Leistungsdrucks, der Disziplin in den Kasernenfabriken, des Elends und der Zwangsarbeit. Das ist die Gewalt der Profite. So ist die Legitimität der Gegengewalt der Ausgebeuteten bei dieser Produktionsweise natürlich, sie ergibt sich unabwendbar aus der Gewalt der Produktionsverhältnisse des Kapitals. Sie ist deren Strafe.

Ein Arbeiter von Vilwoorde bemerkte zu Beginn der Bewegung gegen die Schließung der Renault-Fabrik: „Gewalttätig sind diejenigen, die die Fabriken schließen und die Arbeiter auf die Straße werfen.“

Die Gewalt, das ist das System insgesamt; und die kleinste seiner gesellschaftlichen Beziehungen ist gewalttätig. Das ist die Logik der imperialistischen Unterordnung und der Verelendung, die die Menschheit zu einem Leben am Rand des Elends verurteilen. Das ist der Faschisierungsprozeß der Monopolmacht, das ist die Apartheid des institutionellen Rassismus und die Zunahme der reaktionären Politik, das ist die sexistische Gewalt, ...

Der Alltag prägt die Gewalt allen ausgebeuteten, unterdrückten, verachteten und bis an den Rand des Überlebens gedrängten Männer und Frauen ein. Dieser Gewalt Widerstand zu leisten und gegen sie zu revoltieren ist eine „Lebenssehnsucht“.

Die Ausbeuter monopolisieren die Gewalt. Sie konzentriert sich und schlägt sich in den staatlichen Apparaten und Beziehungen nieder. Die Konfrontation Staat/Klasse steht also sehr wohl immer noch im Zentrum des Konflikts sowie aller Konflikte. Aber in anderen Zusammenhängen als in der Vergangenheit. Mit der Globalisierung kann das Staatliche nicht mehr nur als das Staatliche

des Nationalstaats, nicht mal als das des Staatensystems gesehen werden. Von jetzt an nehmen die Verhältnisse und Apparate anders Gestalt an und ebenso die Weltkonjunktur aus ihren Widersprüchen und aus ihrer politischen Krise. Das Staatliche ist die Widerspiegelung der Interessen transnationaler Monopole und ihrer Verwicklungen in einem gnadenlosen Konkurrenzkrieg.

Bullen und Ausnahmegesetze sind die Abschirmung der lokalen, nationalen und kontinentalen transstaatlichen Mächte. Sie militarisieren sie. Je gewalttätiger die Mächte sind, um so mehr ist die Gewalt Macht. Und je mehr die reale Macht der ökonomischen Herrschaft einer Handvoll Monopole und der Verwaltungseliten sie usurpiert, um so mehr fordern sie herrisch die wirkungsvolle Manipulierung des „Demokratischen". Um so mehr betreiben sie eine besessene, allgegenwärtige und allumfassende „Propaganda" zur Legitimierung. Die Komödie ist so zur diktatorischen Verwaltungsform der alltäglichen Gewalt geworden.

Dafür ist das Protestierertum immer nicht nur ein für die Mächte vollkommen annehmbares Getto gewesen, sondern es stellt heute eine für das Überleben der bürgerlichen Herrschaft vollkommen vereinnahmte Kultur dar. Um so mehr, als es ihm gelang, sich diese Stellung durch Zustimmung zu den Manipulationen und zur Denunzierung der Revolutionäre zu sichern. Vielleicht aus Angst, daß selbst Schweigen als eine stillschweigende Unterstützung der „Terroristen" verstanden werden könnte.

Der Pazifismus des Protestierertums ist Gefangener seiner Benutzung durch die Macht.

Die Aktion der sozialen Bewegungen ist nur dann eine Bedrohung der Ordnung, wenn sie in sich wenigstens die Möglichkeit der Überwindung des eingefahrenen Rahmens der Kämpfe tragen, wenn sie noch behaupten können, zu einer revolutionären Aktion zu werden, die fähig ist, die Frage der Gewalt zu stellen. Heute ist jedoch klar, daß die Aktivisten der legalen Gruppeirungen die Grundsätze des antiterroristischen Geredes bis zur Karikatur verinnerlicht haben. Sie basteln an der Botschaft von Ordnung und Moral in den Weiten der Unterwerfung.

Sie wiederholen aus Leibeskräften, daß der Schwache der Aggressor ist und der Mächtige das Opfer, daß der Rebell der Fanatiker ist, der Ausbeuter der legitime Vertreter, der Partner bei der „demokratischen" Schlichtung und bei den antifaschistischen republikanischen Fronten!

Die institutionellen Maigedenkfeiern haben diese Pseudorevolutionäre in den Himmel gehoben. Ihr Weg ist heilig gesprochen worden. Und die Gelehrten brandmarken das „Gewalttätige" als nachträgliche Rechtfertigung ihrer Rückkehr in den Schoß der bürgerlichen Eliten.

Der Mai 68 ist benutzt worden, weil er benutzt werden konnte. Alle Aspekte von Metropolenprotestierertum, von denen er sich damals nicht vollkommen freimachen konnte, haben es ermöglicht, seine Geschichte zu vereinnahmen. Aber die autonome Aufstandsbewegung von 77, die ihm folgt, konnte dasselbe institutionelle Schicksal nicht erleiden. Von den aufrührerischen Demonstrationen in Mailand und Rom bis hin zum Widerstand gegen die NATO, zu der „asambleista"-Bewegung in Spanien; von den Revolten der Arbeiterbasis bis zu den Offensiven der Guerilla: das autonome und bewaffnete Jahr 77 hatte eine bedeutende Bresche in den Konsens der imperialistischen Zentren geschlagen. Aus diesem Grund konnte die Repression keine halben Sachen machen. Es mußte aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht werden. Und die Militanten sollten bereuen oder in den Sondergefängnissen krepieren.

Die Bewegung von 77 hatte die autonome Alternative zum System zu weit getrieben und die vereinten Kräfte dieses Systems lassen sie dafür bis zum bitteren Ende zahlen.

Aber die revolutionäre Gewalt steht noch auf der Tagesordnung, um so mehr, als die Monopole sich schließlich jeden politischen Raum angeeignet und abgeschottet haben. Sicher kann und wird die revolutionäre Gewalt niemals den Stiefel des anachronistischen Bildes anziehen, den viele ihr anziehen wollen. Für sie wäre sie nicht mehr als eine Erinnerung, eine Geisteshaltung und eine Abweichung.

Sollen sie uns doch mal erklären, wie die Monopole und ihr Militarismus gestürzt und zerschlagen werden sollen. Wie soll der Faschisierungsprozeß der Globalisierung gebrochen werden? Wer kann noch ernsthaft glauben, man könne gegen ihn siegen, indem man den bürgerlichen Rosenkranz der frommen Wünsche betet, mit dem Kampf für die kleinen Reformen, mit dem Appell an die staatsbürgerlichen Rechte, mit Petitionen und langen Spaziergängen?

Allein schon wegen der Tatsache, daß wir diese Fragen stellen, hören wir jetzt schon die bekannten Bannflüche: Abenteurer, Stellvertreter, Spontaneisten, Anarchisten, ...

Schon 1977 hatte Lotta Continua den Kern der Verurteilung vollkommen klar aufgedeckt: „Wer empört ‚Terrorismus' und ‚Romantik' schreit, maskiert in Wahrheit meistens nur seine eigene Angst vor seinen revolutionären Aufgaben."

Und genau darum handelt es sich noch heute.

Die Gewalt, für die die politischen Gefangenen symbolisch stehen, ist nicht einfach eine vergangene Geschichte.

D. h. das Erbe des engagierten Kampfes der beiden vorhergegangenen Jahrzehnte mit ihren Fortschritten und Irrtümern. Für all diejenigen, die sich noch auf die Emanzipation des Proletariats beziehen und die sich die Mühe machen, sie im Rahmen eines historischen Prozesses zu sehen, geht sie weit darüber hinaus. Sie erlaubt es, die bewaffnete Gewalt als unabdingbar für den Umsturz der jetzigen Führung unserer neoliberalen Gesellschaften zu erkennen. Zu erkennen, daß man sie benutzen muß und müssen wird, um die Kette des falschen Protestierertums zu brechen. Denn von ihr hängt das Fortbestehen der Unterwerfung ab, die sicher eine andere ist, aber immer noch eine Unterwerfung unter den Gang der Diktatur. Nur sie kann den Flitterkram der „glücklichen Träume" von staatsbürgerlichen Rechten, von neuen „new deals", von der Rückkehr des schützenden Staats, von antifaschistischer Einheit mit der „fortschrittlichen" Bourgeoisie, ... beiseite räumen.

Kleiner Einschub: Jede Woche marschieren viele gegen Le Pen, Fini usw. sogar neben denjenigen, die heute Totenstille über die



Vierte Serie!! Postkarten. Farbige Collagen von Joëlle Aubron, politische Gefangene von ‚Action Directe' in Frankreich. Vier verschiedene Postkartenseiren: Jede Serie besteht aus acht Karten und kostet 10,– DM + Porto. Der Überschuß kommt den Gefangenen aus AD zugute.
Zu bestellen bei: Internationlaistisches Komitee, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken

politische Haft in unseren europäischen Ländern herrschen lassen. Was die Gefangenen aus der Guerilla betrifft, so stehen die sozialdemokratischen Gefängisverwaltungen in nichts autoritären Regimes nach. Sie benutzen dieselben Methoden: Kriminalisierung, weiße Folter, Willkürakte, Schläge, und sie verbergen sie mit einer totalen Arroganz.

In Frankreich sind die Genossen Groix, Ramazan Alpaslan und Pello Marinelarenari (1) in ihrer Zelle gestorben. Viele andere Genossen haben Krankheiten, die heute aufgrund ihrer Haftbedingungen unheilbar sind.

200 politische Gefangene verrotten in den Gefängnissen des französischen Staates, und dabei wollen die Verwalter des „langsamen Todes" sich noch an die Spitze des antifaschistischen Kampfes setzen!

Wer nicht von Imperialismus und staatlicher Repression sprechen will, sollte auch zum Faschismus schweigen.

Die Frage der politischen Gefangenen und der revolutionären Gewalt auf den Tisch zu bringen, bedeutet, unerbittlich für die Revolutionierung der „Revolutionäre" in der Metropole zu handeln.

Zunächst indem man deutlich macht, wie sich seit zwei Jahrzehnten in den Kämpfen, die Mildtätigkeit oder institutionellen Antifaschismus benutzen, ein sträfliches Einverständnis mit den „linken" Bürokraten festgesetzt hat. Wohingegen diese „guten Seelen" an der Regierung die wilden Verfechter des triumphierenden Neoliberalismus und die Verantwortlichen für einen nie gekannten Anstieg der Ungleichheiten waren. Sie waren die Gesetzgeber für die neue Apartheid und für das Verhältniswahlrecht zu Gunsten des Front National.

Gleichzeitig aber muß die richtige Behandlung der Frage der Gewalt und der politischen Gefangenen ein Kampfinstrument gegen die Tradition des Gradualismus sein, der vom Opportunismus der alten „K"P's ererbt ist. All diese Konzepte der friedlichen Koexistenz, die man gewohnheitsmäßig wiederholt; die „Massenlinie" und die Ablehnung der Gewalt einer Minderheit, also all das, was schon immer dazu gedient hat, die revolutionäre Aktion auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben.

Jahrzehnte „verantwortungsbewußter" Aktionen, Versöhnlertum, Teilnahme an Wahlen, Routine, Banalisierung der revolutionären Botschaft und des Engagements haben die Bewegung einen der Hauptpunkte der marxistischen Theorie aus den Augen verlieren lassen: Der Sprung des Kapitalismus zum Sozialismus geschieht in der revolutionären Gewalt. Und nicht anders.

Folglich heißt die Frage der revolutionären Gewalt zu stellen, die Ausstrahlung des revolutionären Ziels wiederzufinden und so das Band zwischen unseren aktuellen Widerständen und Kämpfen und der möglichen Zerschlagung des Systems selbst, zwischen der Bedeutung des alltäglichen Kampfes und den historischen Interessen unserer Klasse zu erneuern.

Das bedeutet, für das Gedächtnis der Kämpfe zu handeln und den roten Faden wiederzufinden, der sich durchzieht vom Juni 1848 bis zur Pariser Kommune, von 1905 bis zur europäischen Revolution von 1917 - 1923, bis zur spanischen Revolution 36, zum „Mai" 37 in Barcelona, bis zum langen Marsch in China und zur Kulturrevolution, bis zu allen antikolonialen Kämpfen, bis zu Che Guevara im kubanischen, kongolesischen und bolivianischen Busch; und schließlich vom europäischen „mai piu senza fucile" von 68 bis zu den autonomen Bewegungen und Offensiven von 1977 - 78.

Das bedeutet schließlich, den Gebrauch der Theorie wieder auf ihre Füße zu stellen. Die Lehre und die Erfahrung der vergangenen Kämpfe und des gesamten revolutionären Prozesses bilden eine Einheit mit den Problemen der Praxis, mit der Lösung der Aufgaben, mit der direkten Aktion der Revolutionäre heute. Die Theorie des Kampfes wird niemals das Monopol der Krämer und Pfaffen sein. Für jede neu entstehende Bewegung ist es unumgänglich, den augenfälligen Handel der einen und die Litaneien der anderen zu brechen, um sich die praktische Theorie wieder anzueignen.

Heutzutage wie in der Vergangenheit sprechen die Vorbereitung und die praktische Umsetzung der revolutionären Gewalt vom Kommunismus. Das ist der Wille, Momente der Macht der Klasse zu verkörpern. Ohne eine Theorie, ein Gedächtnis und eine Praxis der Gewalt werden die proletarischen Militanten sich nicht mit einer konsequenten Strategie des Aufbaus der Macht der Klasse wappnen können. Um so mehr, als in unserer Zeit das bestimmende Subjekt ein hochgradig sozial ungesicherter Proletarier ist. Tatsächlich ist der Träger des revolutionären Projekts der gesellschaftlichen Umwälzung nicht mehr der Facharbeiter, ja nicht einmal mehr der Massenarbeiter der Nachkriegszeit, sondern ein verarmter Arbeiter, auf dem die Gewaltintensität der weltweiten Ausbeutung schwer lastet. Es ist ein globales Subjekt von Jakarta bis Courneuve, von Los Angeles bis Lagos; es ist aber gleichzeitig auch ein Subjekt, das die starke soziale Heterogenität widerspiegelt. Die Homogenisierung und die Polarisierung seiner Bedingungen haben die Konjunkturen seines Klassenkampfes völlig verändert. Heute kann das Proletariat sich nicht mehr mit denselben Kampfmethoden und -organisationen neu zusammensetzen, die es früher benutzte. Das ist offensichtlich. Diese Methoden sind sogar Hindernisse geworden, die seine ökonomisch-sozialen Unsicherheiten noch mit allen Folgen der politischen und kulturellen Unsicherheiten verschlimmern. Das prekäre Proletariat wird sich nicht in einem Prozeß von Streiks oder dank der gewerkschaftlichen Politisierung im allgemeinen als Klasse neu zusammensetzen, ja nicht einmal durch den Beitritt zu dieser oder jener Partei, die in Worten radikaler ist als die nächste. Es kann es nicht mehr. Es erzieht sich in der direkten Aktion und im Feuer der Revolte. Es wird durch seine elenden Lebensbedingungen und durch die Repression, die die Vertreter eines in den letzten Atemzügen liegenden Kapitalismus auf es ausüben, unvermeidlich zur gewaltsamen Konfrontation getrieben. Die bewaffnete Konfrontation vorzubereiten heißt, von Anfang an für die Klassenneuzusammensetzung zu handeln, für die Einheit und die Politisierung dieses weltweiten prekjäre Proletariats zu handeln; heißt, das Bewußtsein zu erzeugen, daß es die einzige weltweite Klasse darstellt, die den revolutionären Prozeß bis zu Ende führen kann. Eine Klasse, die sich bildet, um diese Rolle zu übernehmen. Ihr historisches und kollektives Wesen ist es, ihre unmittelbare und individualisierte Natur als ökonomischer und politischer Sklave des Kapitals zu zerschlagen.

Dieser Prozeß von Bewußtwerdung und Organisierung ist ein langandauernder Prozeß, ein Klassenkrieg, in dessen Verlauf die sporadischen Kämpfe sich in einem Aufstand verallgemeinern werden.

Sich mit der Frage der Gewalt auseinanderzusetzen, geht unmittelbar einher mit ihrer revolutionären Organisierung. Das ist der Versuch einer praktischen kollektiven Antwort darauf, wie man das Proletariat wieder mit dem Willen bewaffnen kann, sich zu bewaffnen und den revolutionären Krieg gegen das Kapital zu führen. Das ist die Umsetzung dieser Untersuchung im Herzen des Kampfes für die politische Autonomie.

Auf diesem Weg wird die Klasse ihre Fahne und ihr Gewehr mit ein und derselben Begeisterung wieder erheben, denn sie sind untrennbar miteinander verbunden. Sie wird ihre Interessen wahrnehmen und den Krieg führen, um sie triumphieren zu lassen. In ihrer Wechselwirkung werden die Interessen das Gewehr leiten und das Gewehr wird den Weg zur Aufdeckung der weltweiten Interessen ohne jedes Zugeständnis freimachen.

Schlußfolgerung

Was bedeutet es, bei diesem internationalen Tag des revolutionären Gefangenen die Frage der bewaffneten Gewalt so aufzuwerfen?

Wir hören hinter den Mauern unserer Zellen schon das Aufstöhnen der Schwarzseher. Nein Genossen, für uns ist die Frage der bewaffneten Gewalt weder die einzige revolutionäre Frage noch die einzige, die dringend behandelt werden muß. Einige haben immer die Positionen der Guerilla karikiert und tun es noch, indem sie versuchen glauben zu machen, wir hätten nur das im Kopf. Und folglich dient dieses pauschale Argument allzu oft als Alibi für das Fehlen der richtigen Untersuchung über die Notwendigkeit der Gewalt und ihrer organisierten Praxis. Es hat schon immer das letzte Argument dargestellt, um die Diskussion abzuwürgen.

Als Gefangene aus der Guerilla versuchen wir einfach die wesentlichen Aspekte dieser Frage anzuschneiden. Ihre ganze Aktualität und die Widersprüche, in die sie alle politisch Aktiven in den imperialistischen Ländern stürzt.

Unter ihnen gibt es viele, die eine Guerilla irgendwo in der Welt unterstützen. Es gibt aber wenige, die den Sprung machen und von der Unterstützung dieser besonderen Situation zum Umfassenden der Problematik übergehen und so zu ihren konkreten Auswirkungen, wo auch immer sie auftauchen. Denn eine revolutionäre Guerilla zu unterstützen, stellt unmittelbar ein praktisches politisches Problem. Alles für den Sieg einer Guerilla in Mexiko, in der Türkei oder in Asien zu tun, erfordert ein tiefgehendes Nachdenken über die Aktion, die die Revolutionäre im „Herzen der Bestie" durchführen müssen, in der Festung, in der die Tresore der Monopole stehen. Dort, wo die Eigentümer und Technokraten leben und gedeihen, die den gesamten Planeten aufteilen. Dort, wo diejenigen sitzen, die in einer ungeteilten Diktatur 90% des internationalen Proletariats ausbeuten und unterdrücken.

1972 haben Andreas Baader, Ulrike Meinhof und die Genossen der RAF eine erste Antwort gegeben, als sie die Computer der US-Streitkräfte zerstörten, die die Bombardements auf Vietnam planten. Diese Aktion ging über den Rahmen der Unterstützung hinaus und war ein konkreter Akt der Solidarisierung der antikapitalistischen und antiimperialistischen Kämpfe hier mit dem Kampf um Emanzipation in den Peripherien.

In den letzten 30 Jahren hat die Globalisierung der Produktions- und Austauschprozesse einen qualitativen Sprung ohnegleichen durchgemacht. Kein Tag, an dem nicht die kleinste Kleinigkeit uns daran erinnert. Aber diese Globalisierung ist vor allem die Internationalisierung des Klassenkampfs, die Internationalisierung der Problemlagen und die Internationalisierung der Lösungen.

Wer will uns seitdem ernsthaft vormachen, man könne vollkommen verstehen, daß man in der Sierra zu den Waffen greift, und gleichzeitig diejenigen verurteilen, die sie in den Festungen der imperialistischen Ordnung benutzen. Wer wollte uns vormachen, daß das Besondere an diesem Punkt die allgemeine Situation des Konflikts bestimmt, daß das eine richtige und revolutionäre Position sei?

Die Suche nach der Einheit ist das revolutionäre Vorhaben des Weltproletariats.

Wo auch immer sie sich befinden, die Revolutionäre müssen diesen „langen Marsch" stärken und ihm Orientierung geben. Sie müssen vorangehen für die Neuzusammensetzung und die Politisierung der Klasse im Rahmen des bestimmenden Raumes der Epoche, in seiner Mehrdimensionalität vom Lokalen zum Internationalen. Sie müssen überall die Hindernisse und Grenzen bekämpfen, die immer wieder die Kämpfe auf den Rahmen und die Regeln der nationalen und institutionellen Organisation des Systems zurückwerfen. Beide sind heute eng miteinander verbunden. Und in der imperialistischen Metropole sind das Nationale und die Institution um so reaktionärer, als sie in den Faschisierungsprozeß der Monopole eingebunden sind.

Die ungeheuren Armeen der Arbeiter, die neuen Sklaven der großen Monopole und die Verdammten der städtischen Gettos bilden die Mehrheit der Menschheit. Dieses prekäre Proletariat ist die Achse, um die herum die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die der Aneignung der Produktionsmittel gelöst werden muß. Das kann nicht anders sein. Keine andere Klasse oder Schicht kann es in seinem revolutionären Elan ersetzen. Und vor allem nicht die Repräsentanten der lokalen und nationalen Klassen in den Metropolen, die zum Schluß immer den „Fortschritt", die Reformen der imperialistischen Staatsbürgerschaft und die heiligen Barmherzigkeiten verteidigen.

Wie kann man glauben, es gäbe so auch nur ein kleines bißchen Hoffnung im Fegefeuer der „Linken der Linken" und den anderen Arten des Protestierertums in den Metropolen? Sie werden schließlich alle immer wieder darauf zurückkommen, die kleinen Vorteile der lokalen Bedingungen zu bewahren und sie auszubauen. Sie können diesem Funktionärsschicksal nicht entkommen.

Sie wissen übrigens ganz genau, daß sie diese kleinen Reformen nur unter der ausdrücklichen Bedingung erhalten, daß sie die Klasse spalten und für die armseligen Probleme des kleinen heimatlichen Umfelds mobilisieren, die von den Armeen an den Grenzen und den Vigipirate-Plänen geschützt werden. Hinter der Maske kollaborieren sie mit der Apartheid.

So enthüllt der Triumph des „sozialdemokratischen" Denkens in den europäischen Metropolen seit einem halben Jahrhundert sowohl in den Institutionen wie auch in den politischen Kleingruppen seine Heuchelei . Die halben Lösungen der populistischen Programme haben das Proletariat nicht aus den Klauen der Gesetze des monopolistischen Kapitalismus befreit. Im Gegenteil, sie haben ihrer Dynamik gemäß gewirkt. Die Kluft zwischen dem angehäuften Reichtum und der Armut war noch nie so gewalttätig. Die intensive Ausbeutung hat sich mit der hohen Produktivität beträchtlich verschärft, mit den höllischen Rhythmen, aber auch mit der sozialen Unsicherheit und der Unsicherheit der Existenz von Millionen Proletariern. Die institutionelle Politik reduziert sich ab jetzt für die Proletarier darauf, die Wahl zwischen dem Schlechten und dem weniger Schlechten zu treffen, oder sich von dem Spiel auszuschließen.

Weltweit steht heute die proletarische Klasse alleine angesichts der Alternative von Sozialismus oder Barbarei, die von den Entwicklungen und Fäulnisprozessen des Kapitalismus gestellt wird.

Überall, wo sie revoltiert, muß sie die Waffen erheben - von den Straßen in Gaza bis zu den „barriadas" in Bogota, von Chiapas bis zu den Vorstadtgettos unserer europäischen Megapolen. Überall überschreiten die Massen die überholten Grenzen der alten Strukturen. Die institutionalisierten Parteien und Gewerkschaften sind immer mehr auf die Ohnmacht ihrer Nichtanpassung an die neuen Räume und ihrer Globalisierung zurückgeworfen. Überall vergesellschaftet das Proletariat die neuen Widerstandskämpfe in der Selbsterziehung und -organisierung, in der Suche nach seiner politischen Autonomie. Selbstverständlich geht das nicht ohne zahlreiche Verirrungen vonstatten. Der falsche Glaube und der wahre Fundamentalismus breiten sich wie eine neue Pest aus. Dennoch nimmt der Geist der Befreiung Gestalt an, er ist stärker.

Überall, wo die Proletarier revoltieren, finden sie die Bedeutung der revolutionären Gewalt wieder, Gewehre oder wenigstens Steine. Dabei will man uns vormachen, daß die Zeit der Guerillas vorbei ist, daß der bewaffnete Kampf der Geschichte des Altertums angehört.

Man will uns vormachen, daß all das nichts für die Revolutionäre hier ändert, daß man unermüdlich bis zur Absurdität die eingefahrenen Wege des revisionistischen Gradualismus weitergehen müsse, daß man Schritt für Schritt das hohle Geschwätz über den angeblich kommenden Tag des Aufstands und die Geduld bei seiner Vorbereitung abarbeiten müsse. Die einzige wirkliche Vorbereitung auf die Revolution ist die revolutionäre Aktion. Noch nie haben Legalismus, Pazifismus und die alltäglichen Zugeständnisse die Revolution nähergebracht. Nur die entschlossene revolutionäre Aktion, die Erfüllung der Aufgaben so wie sie sich uns wirklich stellen und die Subversion der Kasernenvorschriften lassen den Geist der Revolution erscheinen.

Die Voraussetzung der entstehenden revolutionären Begeisterung beweist die zentrale Rolle der unvergänglichen Verbindungen zwischen den Kämpfen für die Klassenautonomie, der Befreiung durch Waffengewalt und dem proletarischen Internationalismus. Dies ist nur ein Anfang ...

Es ist berechtigt zu revoltieren!
Wagt zu kämpfen, wagt zu siegen

19. Juni 1998
Joëlle Aubron
Nathalie Menigon
J. Marc Rouillan

(1) Groix: bretonischer Gefangener, der einsaß, weil er ETA-Militante beherbergt hatte. Er saß unter Isobedingungen im Knast, und in der Zeit wurden Spekulationen darüber verbreitet, daß er an der Ermordung eines Mädchens beteiligt wäre, dessen Leiche in einer Scheune in der Nähe seines Hauses gefunden worden war. An den Anschuldigungen war nichts dran. Er hat die Situation nicht mehr ertragen und Suizid begangen.
Ramazan Alpaslan: Kurde, ebenfalls durch Suizid im Knast ums Leben gekommen. Er war Mitglied einer demokratischen Bewegung und wurde des Terrorismus angeklagt.
Pello Marinelarenari: wegen ETA-Mitgliedschaft im Knast, ihm wurde medizinische Behandlung verweigert, aidskrank wurde er erst am Vortag seines Todes in ein Krankenhaus verlegt.

„Solange es Widerstand gibt, wird es politische Gefangene geben"

Anläßlich der Wiedereröffnung des Nürnberger Infobüros Ende Juli diesen Jahres gab die Gruppe der linken Szene-Zeitung „barricada" ein Interview, das wir im folgenden dokumentieren. In dem Stadtteil Gostenhof haben sich in den letzten Jahren verstärkt linke Projekte angesiedelt, z.B. der Stadtteilladen „Schwarze Katze", das linke Archiv „Metroproleton" und der linke Buchladen „Libresso". Seit 1992 findet in diesem Stadtteil traditionell die revolutionären 1.Mai-Demo statt, und im Mai '98 erklärte die barricada den Stadtteil zur „Roten Zone".

Könnt ihr kurz was zu eurer Entstehungsgeschichte sagen?

1989 während des 10. Hungerstreiks der politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand für ihre Zusammenlegung in große Gruppen entstanden überall in der BRD Infobüros. Die Schärfe der Bestimmung der Gefangenen damals - „jetzt lassen wir nicht mehr los, die zusammenlegung muß erreicht werden" (Zitat aus der Hungerstreikerklärung vom 1.2.89) - erforderte dringend die Herstellung von Gegenöffentlichkeit, die Intensivierung der bestehenden Kontakte zu allen solidarischen Gruppen sowie die bundesweite Koordinierung und Vernetzung untereinander.

An der Bestimmung des Hungerstreiks kamen in Nürnberg Menschen aus ganz unterschiedlichen Gruppen und Organisationen zusammen und besetzten zuerst das Büro der Grünen in der Peter-Heinlein-Str. Dies wurde von den Grünen durch das Überlassen der Räume an die B. zur Räumung beendet, worauf uns das Netzwerk solidarisch sein Büro zur Mitbenutzung anbot. Keine Lösung auf Dauer - deshalb wurden die Juso-Räume im KOMM besetzt. Die Selbstverwaltung befürwortete dann, daß wir einen anderen Raum im KOMM bekamen. Seitdem ist das Infobüro immer Teil der unterschiedlichsten Mobilisierungen, sei es in der Internationalismusarbeit oder im Kampf gegen Rassismus und Faschismus. Aus dem KOMM zogen wir Ende '97 aus, nachdem wir - wie auch andere



Grup- pen - es ablehnten, einen politischen Knebelvertrag der Stadt zu unterschreiben.

Für die Infobüros waren die RAF und die Gefangenen ein zentraler Bezugspunkt. Hat die Auflösungserklärung etwas an eurer Arbeit und politischen Einschätzung verändert?

Die Infobüros wurden überwiegend von Menschen aus antiimperialistischen Zusammenhängen getragen, von daher auch der Bezug zu den Kämpfen der Guerilla und zu den Gefangenen. Antiimperialistischer

---

Ein Brief an alle Gruppen, die hier in der BRD und in anderen Ländern die FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN erreichen wollen:

Hallo,
im Juni 1999 findet in Köln der nächste Weltwirtschafts- und EU-Gipfel statt. Es gibt bereits erste Treffen, um Gegenaktionen etc. vorzubereiten.

Wir wollen, daß die Situation der politischen Gefangenen in Europa und weltweit Teil der Mobilisierung wird.

Es sind beim WWG die Chefs der wichtigsten imperialistischen Staaten da, für deren Interessen überall auf der Welt Kriege geführt werden, emanzipatorische Bewegungen bekämpft werden und Menschen, die um Befreiung kämpfen, in Knäste und Lager gesperrt werden. Wir wollen dagegen unsere Solidarität mit den Gefangenen ausdrücken - sei es mit den Gefangenen aus der MRTA in Peru oder mit den palästinensischen Gefangenen, mit den Gefangenen in der Türkei und Kurdistan oder den USA und Nigeria usw.

In bezug auf den EU-Gipfel geht es uns um die Situation und die Forderung der Gefangenen in Westeuropa: in Spanien und Euskadi die Forderungen nach Rückverlegung nahe der Heimatorte und nach Freilassung, in Italien, Belgien und Irland die Freiheitsforderung, in Frankreich die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus AD.

Unsere Gruppe liegt besonders am Herzen, daß die Vernichtungshaft, die der BRD-Staat an den Gefangenen aus der RAF praktiziert, endlich aufhört. Das kann nach den langen Jahren der Sonderhaftbedingungen nur bedeuten, daß sie sofort freikommen. Oberlandesgerichte und Bundesanwaltschaft legten in der letzten Zeit bei einigen Gefangenen aus der RAF fest, wann frühestens eine Freilassung in Betracht kommen soll. Bei Christian Klar nach 26 Jahren, bei Sieglinde Hofmann nach 19 Jahren, bei Rolf Heißler nach 22 Jahren, bei Heidi Schulz nach 18 Jahren, bei Brigitte Mohnhaupt nach 24 Jahren, bei Stefan Wisnewski nach über 20 Jahren. Sieglinde Hofmann (wird wahrscheinlich Anfang nächsten Jahres nach 19 Jahren entlassen) und Heidi Schulz sind im Knast Köln-Ossendorf. Deshalb ist unser Vorschlag, dort eine internationale Knastkundgebung zu machen.

Gut fänden wir es auch, zusammen mit KurdInnen zum Kölner Knast zu gehen, da dort immer KurdInnen sitzen. Die Situation in den Knästen überhaupt und die Situation von sozialen Gefangenen, die sich wehren, soll auch Thema sein.

Außerdem könnten wir auf der geplanten Großdemo einen Block bilden.

Bitte geht uns Rückmeldung, was ihr davon haltet, ob ihr mitorganisieren wollt oder andere Ideen habt ... vielleicht habt ihr auch Kontakte zu Gruppen, die politische Gefangene unterstützen und die wir nicht kennen. Juli 1998

Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen, c/o Infoladen, Ludolf-Camphausenstr. 36, 50672 Köln

(Den Brief wird es bald auch in anderen Sprachen geben.)

Kampf hieß, strategisch hier in den Metropolen, also „im Herzen der Bestie“ (Che Guevara), in Solidarität mit den Befreiungskämpfen in der sog. „3. Welt“ eine revolutionäre Front gegen das imperialistische System aufzubauen, die herrschenden Projekte hier politisch und militärisch anzugreifen und ihnen kein ruhiges Hinterland zu lassen. Diese politisch offensive Strategie wurden spätestens '89 verlassen, ohne daß es gelang, eine neue zu entwickeln.

Die Auflösungserklärung der RAF hat wenig an unserer politischen Arbeit verändert, da bereits nach ihrer Erklärung vom April '92 abzusehen war, daß die Auflösung der Gruppe bevorstand. Es hat sich ja nicht nur die RAF aufgelöst, sondern auch andere in den 70er Jahren entstandene bewaffnete Gruppen. Die einst starke antiimperialistische Bewegung existiert so nicht mehr - wie andere politische Gruppen und Organisationen. Diese Entwicklung hat der Gefangene Rolf-Clemens Wagner neulich in einem Brief auf den Punkt gebracht: „Letztlich hat sich das starke Grundinteresse durchgesetzt, das eine Mehrheit auch der Linken mit den ‚Normalbürgen' verbindet: ein relativ sicheres und angenehmes Leben.“ Von den über 50 Infobüros, die es 1989 gab, sind wir heute eines der letzten.

Was sind eure gegenwärtigen politischen Aktivitäten?

Wir geben seit über einem Jahr ein monatliches kostenloses Info zur Situation der politischen Gefangenen international heraus, die „lucha continua“, um Gegenöffentlichkeit zu schaffen, da die Existenz von politischen Gefangenen weltweit geleugnet und totgeschwiegen wird.

Momentan arbeiten wir verstärkt für die Freilassung aller neun Gefangenen aus der RAF. Es geht uns dabei nicht mehr um Einzelfallösungen, auch wenn wir natürlich die Freilassung jedes einzelnen Gefangenen begrüßen, sondern um politischen Druck für eine gemeinsame Lösung. Wir freuen uns darüber, daß die Rote Hilfe vor kurzem bundesweit beschlossen hat, eine neue Freilassungskampagne für die Gefangenen aus der RAF zu initiieren, und sich auch in Nürnberg eine AG dazu gebildet hat.

Die Gefangenen sind nach wie vor Sonderhaftbedingungen ausgesetzt, nachdem sie vorher jahrelang in Isolationshaft interniert waren. Isolation ist international als weiße Folter geächtet (z.B. von der UNO), was die Herrschenden aber nicht von deren Anwendung abhält. Dagegen setzte in Uruguay eine breite politische Bewegung 1985 durch, daß die Isolationshaft der Tupamaros-Gefangenen dreifach angerechnet wurde und alle freigelassen werden mußten.

Nach über 20 Jahren geht es der Gesinnungsjustiz hier nur noch um Rache und Geschichtsabwicklung, und der Geiselstatus der Gefangenen soll natürlich zur Abschreckung neuer Kämpfe dienen.

Wo seht ihr heute vor allem die Bedeutung von politischen Gefangenen für die Linke?

Für „die Linke“ hier war die Situation der politischen Gefangenen immer nur punktuell von Bedeutung - für uns Teil unseres Kampfes. Wo Figuren wie Schily, von Plottnitz, Fischer, Cohn-Bendit etc. längst auf der Kriechspur in staatliche Machtpositionen gelangt und damit selbst Teil der staatlichen Repression geworden sind, sind die Gefangenen für uns nach wie vor Beispiel im Kampf um Befreiung und gesellschaftliche Veränderung. Aufstandsbekämpfung beinhaltete schon immer, mit Hilfe der Medien und ideologischer Apparate revolutionären Widerstand und seine Geschichte zu unterdrücken, zu verzerren und zu diffamieren. Die Existenz der politischen Gefangenen in der BRD ist zwar weitgehend bekannt, aber immer weniger die politischen Hintergründe, die zum bewaffneten Kampf führten. Mit dieser Geschichte und den darin gemachten Erfahrungen muß weitergearbeitet werden.

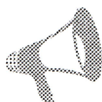
Eine Auseinandersetzung mit den Instrumenten der Repression, wie z.B. Knast, ist immer notwendig. Wer gegen das System kämpft, wird von diesem mit allen Mitteln bekämpft (siehe aktuell die Razzien gegen die Antifa). Solange es Widerstand gibt, wird es politische Gefangene geben, und gerade sie zeigen, daß es möglich ist, sich auch im Knast in jeder Situation zu organisieren und zu kämpfen!

Wo seht ihr eure politische Perspektive?

Die erlebte rassistische und faschistische Realität ist für viele ein Grund, sich zu organisieren und Widerstand zu leisten. Die einst breit verankerte Offensivposition „Widerstand heißt Angriff!“ besteht aber nur noch vereinzelt in Gruppen - auch wenn es positive Ansätze von effektiver Organisierung gibt. Wir hoffen aber, daß die derzeit schwache Linke und revolutionäre Bewegungen bald wieder stärker werden und perspektivisch mehr um eine revolutionäre gesellschaftliche Umwälzung gekämpft wird. Dabei wollen und werden wir Teil sein.

Ihr teilt eure Räume mit dem Archiv im Gostenhof. Was haltet ihr von einer Roten Zone im Gostenhof?

Gostenhof ist noch ein alter proletarischer Stadtteil mit einer gewachsenen Struktur aus kleinen Läden und vielen MigrantInnen, in dem sich in den letzten Jahre eine linke Kultur und politische Infrastruktur gebildet hat. Wir fühlen uns hier sehr wohl.



Neue Öffnungszeiten:
jeden Donnerstag
18-19 Uhr
Tel/Fax
09 11) 2 72 66 30

Infobüro für die Solidarität mit den politischen Gefangenen international, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg

Bonn

Zivilgericht prüft den Tod von Wolfgang Grams

Gut fünf Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams in Bad Kleinen wird erstmals ein Gericht eine Ortsbesichtigung vornehmen und Zeugen anhören. Wir dokumentieren dazu einen Artikel aus der Frankfurter Rundschau vom 25./26. Juli.

Wie Rüdiger Pamp, Sprecher des Landgerichts Bonn, am Freitag berichtete, sollen am 13. und 14. August im Gebäude des Landgerichts Schwerin unter anderem die damalige Betreiberin eines Bahnhofskiosks, Reisende, ein Polizist sowie ein Journalist vernommen werden. Am 14. August wird das Gericht auf dem Bahnhof von Bad Kleinen den Schauplatz des Polizeieinsatzes in Augenschein nehmen. Auch einige der insgesamt acht geladenen Zeugen sollen zum Ortstermin erscheinen.

Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hatte Grams am 27. Juni 1993 auf der Flucht vor Beamten der Polizeitruppe GSG-9 zunächst einen Beamten der Spezialeinheit und dann sich selbst erschossen. Grams' Eltern sind dagegen überzeugt, daß ihr Sohn von einem Polizeibeamten erschossen wurde. Sie haben gegen die Einstellung des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg eingelegt. Zugleich klagen sie in einem Zivilverfahren auf Erstattung der Beerdigungskosten für ihren Sohn durch die Bundesrepublik im Zuge der Amtshaftung.

In diesem zivilrechtlichen Prozeß, der von der Ersten Zivilkammer des Landgerichts Bonn geführt wird, hat das Gericht jetzt den Ortstermin und die Zeugenvernehmung angeordnet. Gerichtssprecher Pamp erläuterte der FR, das Gericht sei im Zivilverfahren gehalten, „die Sache grundsätzlich neu durch-



Die Gedenktafel die Freundinnen und Freunde von nen anbrachten, wurde kurz danach von staats wegen

zuführen", auch wenn die Akten der strafrechtlichen Ermittlungen hinzugezogen worden seien. Deshalb würden jetzt auch wichtige Zeugen erneut vernommen. Dabei sei es denkbar, daß das Gericht zu einem anderen Ergebnis bezüglich der Todesumstände komme als seinerzeit die Staatsanwaltschaft.

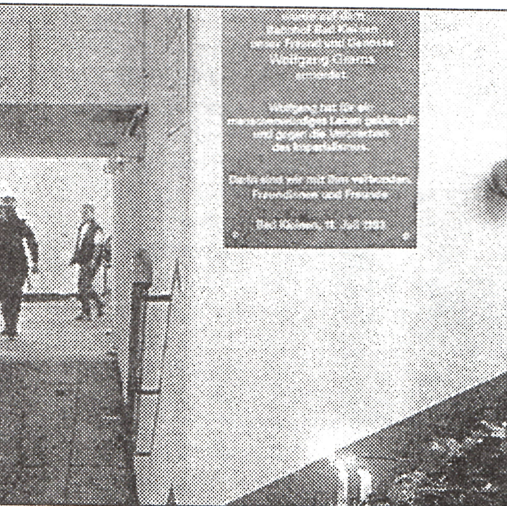
Der Wiesbadener Anwalt der Grams-Eltern, Andreas Groß, begrüßte es, „daß nun erstmals in vielen Jahren ein Gericht sich des Falles annimmt". Die Eltern seien nach wie vor davon überzeugt, daß ihr Sohn von einem Polizeibeamten durch einen aufgesetzten Kopfschuß getötet worden sei. Wichtige Beweismittel seien vernichtet worden, sagte Groß. Die Eltern hofften weiter, daß die Bundesrepublik durch den Straßburger Gerichtshof gezwungen werde, den Fall strafrechtlich neu aufzurollen. Ein Spruch aus Straßburg sei aber wegen Überlastung des Gerichtshofes nicht absehbar.

Nachtrag: Die presserechtlich verantwortliche Redakteurin des Infos wurde vor mehr als einem Jahr in erster Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt, weil mehrere Artikel im Info der Überzeugung Ausdruck gegeben hatten, daß Wolfgang Grams sich nicht selbst getötet hat, sondern durch GSG-9-Beamte getötet wurde. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt; die Verhandlung in zweiter Instanz steht nach wie vor aus. Wir werden berichten.

Eine Erklärung des 10. Antifaworkcamps

Das Mahnmal von Buchenwald wurde geschändet!

Vermutlich in der Nacht vom 26.7. zum 27.7.1998 wurde der Figur des Kindes in der Cremergruppe vor dem Glockenturm das rechte Bein zu zwei Dritteln angesägt. Es sieht so aus, als ob die Figur vom Sockel gestürzt werden sollte. Besucher der Gedenkstätte entdeckten die Schändung in den Morgenstunden des 27.7.1998.



Wolfgang Grams im Juli 1993 im Bahnhof Bad Klei-
abgenommen.

Die Figur des Kindes steht für alle Kinder, die die Hölle von Buchenwald erleben mußten. Viele überlebten sie nicht, andere konnten nur durch die Solidarität der Häftlinge gerettet werden.

Dieser Anschlag stellt den Höhepunkt faschistischer Aktivitäten auf der Gedenkstätte Buchenwald dar. Schon seit mehreren Jahren sind dort immer wieder Faschisten zu beobachten, die sich an den „Leistungen" der SS ergötzen und mit Naziparolen und dem Zeigen des Hitlergrußes die Gedenkstätte entehren. Mittlerweile ist mindestens einer von ihnen dafür sogar rechtskräftig verurteilt worden. Auch im Besucherbuch des Museums finden sich immer wieder faschistische Hetzparolen, antisemitische Sprüche usw.



Der Versuch der Demontage einer Figur aus der Skulpturengruppe ist eine neue Qualität in der Geschichte der Schändung von Gedenkstätten in der BRD. Es ist in diesem Land nichts Neues, daß jüdische Friedhöfe geschändet oder KZ-Gedenkstätten geschmiert oder wie in Sachsenhausen angezündet werden. Nun ist das international am meisten bekannte Denkmal in der BRD für den Widerstand gegen den Faschismus angegriffen worden.

Wir werden nicht hinnehmen, daß die Schändung von Gedenkstätten zum Alltag wird, ebensowenig wie wir hinnehmen werden, daß offenes Auftreten von Faschisten vielerorts zum Stadtbild gehört!

Wir, das sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 10. Antifaworkcamps Weimar / Buchenwald, das im 9. Jahr stattfindet. Seit Beginn der neunziger Jahre kommt jährlich eine wachsende Zahl von Antifaschistinnen und Antifaschisten, darunter viele Jugendliche, zusammen, um in praktischer Arbeit, in der Auseinandersetzung mit der Geschichte und in Diskussionen aktiv zu werden.

Wir fühlen uns dem Schwur von Buchenwald verpflichtet, den die Häftlinge nach ihrer Selbstbefreiung im April 1945 ablegten: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel."

Es war uns immer wichtig, unsere Verbundenheit mit denjenigen, die diesen Schwur zuerst abgelegt hatten, durch praktische Arbeiten auf dem Gelände der Gedenkstätte zu untermauern.

Nun dürfen wir schon im zweiten Jahr dort nicht mehr arbeiten. Eine der Schwierigkeiten, die die Gedenkstättenleitung mit uns hat, war das aktive Vorgehen von TeilnehmerInnen des Workcamps gegen Faschisten auf dem Gelände der Gedenkstätte. Im Sommer 1996 wurde von uns eine Gruppe von 12 Neonazis daran gehindert, sich weiter dort aufzuhalten, was uns den Vorwurf einbrachte, wir würden linke Polizei spielen.

Was wir getan hatten, war nichts weiter, als ein bißchen Zivilcourage zu zeigen, und wir fordern Sie auf, das Gleiche zu tun und nicht wegzusehen, wenn sich Faschisten auf Gedenkstätten aufhalten.

Der Zulauf, den die Gedenkstätte Buchenwald von rechter Seite zu verzeichnen hat, hat auch mit der Politik seit 1990 zu tun, die zunehmend faschistische Täter als Opfer darstellt. Die Geschichte des Lagers nach 1945 wird als ein Akt sinnlosen Terrors dargestellt, der ebenso grausam gewesen sein soll wie die Hölle, die die SS dort geschaffen hatte. Verschwiegen wird, daß es in den Internierungslagern der Alliierten im Gegensatz zu den faschistischen KZs keine physische Vernichtung von Menschen gab und daß ein Großteil derjenigen, deren jetzt als Opfer gedacht wird, faschistische Täter waren.

Das Gedenken an sie, wie z.B. auf dem Waldfriedhof bei Buchenwald mit seinen Edelstahlsäulen, ähnelt einem germanischen Heldenkult, und die Gräber von Nazifunktionären bilden einen Anziehungspunkt für alte und neue Faschisten.

Wir fordern die vollständige Aufklärung der Schändung des Mahnmals!

Wir fordern Sie auf, die Schändung des Mahnmals nicht gleichgültig hinzunehmen! Besuchen Sie das Mahnmal und unsere Mahnwache! Sehen Sie selbst die Spuren des Angriffs, und legen Sie Blumen nieder als ein Zeichen der Achtung für die Häftlinge in der Hölle von Buchenwald, für ihre Solidarität und ihren Wisderstand!

Wie laden Sie ein, mit uns gemeinsam gegen die Schändung des Mahnmals zu protestieren. (...)

10. Antifaworkcamp Weimar / Buchenwald
Am 1.8. organisierte das Camp eine Kundgebung am Bahnhof Buchenwald. - Red.

Egin apunta y ETA dispara
Egin zielt und ETA drückt ab

Ohne jegliche Vorwarnung wurden vor zwei Woche die baskische Tageszeitung und der Radiosender „egin“ (übersetzt „machen“) geschlossen. Die Herausgebergesellschaft Orain (übersetzt „jetzt“) wurde wegen des Vorwurfs der Organisierung eines betrügerischen Bankrotts, Steuerhinterziehung und Betrug am Sozialversicherungssystem dicht gemacht und das Gelände versiegelt. Neun Mitglieder des Verwaltungsrates sowie der Chefredakteur Xabier Salutregi wurden verhaftet. Außer Wirtschaftskriminalität wird ihnen Mitgliedschaft in der ETA vorgeworfen. Der Journalist Salutregi soll das wichtigste Bindeglied zwischen egin und der baskischen Befreiungsbewegung sein.

Jaione, Bibliothekarin, und Rainer, Deutschlehrer, beide aus San Sebastián zur Zeit zu Besuch in Hamburg, äußern sich über die Hintergründe und die politische Einordnung dieser Aktion.

Welche Bedeutung hat egin für das Baskenland?
Egin ist die einzige im Baskenland erhältliche Tageszeitung, deren Berichterstattung nicht im spanischen mainstream ist. Die Zeitung existiert seit 21, das Radio seit ungefähr acht Jahren. Es werden etwa 50.000 Exemplare täglich verkauft. Alle politisch interessierten Menschen im gesamten Baskenland lesen egin. Für uns ist sie unverzichtbar.

Weshalb? Was macht sie für Euch so wichtig?
Egin arbeitet nach einem Konzept, das für eine Tageszeitung eher ungewöhnlich ist. Die ersten drei Seiten sind Tagesmeldungen, nationale und internationale, wie das bei anderen Zeitungen auch so üblich ist. Die nächsten drei, manchmal sogar vier, Seiten, sind Fremdartikeln vorbehalten. An sehr zentraler Stelle können hier Kirchenleute, Intellektuelle, Feministinnen, Gefangene, Totalverweigerer oder die verschiedensten politischen Organisationen schreiben. Ohne Zensur. Alle haben Zugang dazu. Das Thema muß vorher bekannt gegeben werden, dann wird die Länge des Artikels und das Erscheinungsdatum besprochen. Manchmal wird auch ein zentrales Thema vorgegeben. Das steht dann vielleicht zwei Wochen lang zur Debatte und alle können sich dazu äußern. Dadurch wird egin zum Sprachrohr für die Movimiento Liberación Nationale Vasko (MLNV), der baskischen Befreiungsbewegung, wo alle fortschrittlichen Menschen und Gruppen organisiert sind. Unter anderem auch wir beide. Aber auch Gegner von Herri Batasuna, dem Wahlbündnis der MLNV, können sich hier unzensiert äußern. Die Redaktionsräume und das Archiv stehen ebenfalls allen offen.

Warum wurde egin jetzt verboten?
Es ist kein offenes politisches Verbot. Vielmehr wurde die Verlagsgesellschaft Orain geschlossen und die Druckmaschinen beschlagnahmt. Zeitung und Radio sind somit arbeitsunfähig, was natürlich faktisch einem Verbot gleichkommt.

Mit welcher Begründung?
Neben dem Chefredakteur Xabier Salutregi sind neun Mitglieder des Verwaltungsrates festgenommen worden. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglied der ETA zu sein und in deren Auftrag einen betrügerischen Bankrott organisiert haben, um dem spanischen Staat den Zugriff auf das Betriebsvermögen unmöglich zu machen.

Was heißt ‚Organisieren eines betrügerischen Bankrotts'?
Anfang der 90er Jahre hat egin Schulden bei der Sozialversicherung gemacht, also Beiträge nicht eingezahlt. Der konkrete Vorwurf lautet, daß die ETA es durchgesetzt hätte, daß diese Schulden, immerhin eine Summe von umgerechnet etwa 700.000 Mark, nicht per Pfändung eingetrieben werden könnten, indem die Verlagsgesellschaft Orain an eine Folgefirma verkauft wurde. Dieses Unternehmen könne ja nicht für die Schulden der ursprünglichen Gesellschaft verantwortlich gemacht werden. Um die Spuren auch wirklich zu verwischen, behauptet der Ermittlungsrichter Baltasar Garzón, sei Orain gleich zweimal weiter verkauft worden. Und das ist eben der betrügerische Bankrott: Die Firma Orain wurde ohne jegliches Vermögen gelassen. Es existiert lediglich der Name. Das Betriebsvermögen in Form der Druckerei und dem Namen egin sind in den Händen der Folgefirma und können nicht gepfändet werden. Jedenfalls nicht, wenn die Käufer jeweils ‚guten Glaubens' gehandelt, also wirklich nichts von den Schulden bei der Sozialversicherung gewußt hätten. Und eben daran habe er Zweifel, behauptet Garzón.





Wie kommt der Ermittlungsrichter zu diesen Zweifeln?
Um das alles zu verstehen, müssen wir zurückgehen in das Jahr 1993. Der Firmenverkauf von Orain, um den es hier



Mehrere zehntausend demonstrierten am 18. Juli in San Sebastian gegen die Schließung

geht, war '93. Und die verhafteten Verwaltungsratsmitglieder waren '93 im Amt. Nicht jetzt.

Das scheint mir alles etwas kompliziert.
Dem Ermittlungsrichter Garzón gelang es, ´93 bei führenden ETA-Mitgliedern Computer zu beschlagnahmen. In den Computerdateien will er Hinweise auf ein Treffen im Februar ´92 zwischen der damaligen ETA-Führung und Salutregi gefunden haben. Dem Journalisten sei von der ETA der Posten des Chefredakeurs von egin angeboten worden. Im Gegenzug müsse er dafür sorgen, daß die Gesellschaft verkauft und das Vermögen unpfändbar würde. Somit, so Garzón, sei Salutregi das wichtigste Bindeglied zwischen egin und ETA.

Wenn bereits 93 die Dateien beschlagnahmt wurden, wieso dann erst jetzt die Schließung?
Das ist eine interessante Frage, die auch die Partei Escuerra Unida (Vereinigtes Volk), vergleichbar mit der hiesigen PDS, inzwischen öffentlich stellt. Natürlich geht es nicht um die Wirtschaftskriminalität. Nur mal so zum Vergleich, der spanische Fernsehsender Kanal 5, dessen Direktor Berlusconi ist, hat ebenfalls horrende Schulden bei der Sozialversicherung gemacht. Gegen ihn läuft auch ein Verfahren und er war gerade in Spanien. Nur: Berlusconi ist frei, und Kanal 5 sendet nach wie vor.

Um was geht es denn dann?
Unserer Ansicht nach geht es darum, die MLNV, und alles was damit zusammen hängt, zu diffamieren. Egal ob Herri Batasuna, egin oder einzelne RedakteurInnen von egin, kulturelle baskische Organisationen, sie alle sollen diffamiert werden. Und dadurch, daß wir alle mit egin zu tun haben, können sie mit einem Schlag Informationen über die gesamte baskische Linke bekommen. Das ist eine gigantische Schnüffelaktion, sozusagen der große Lauschangriff. Plötzlich verfügen sie über unsere Privatadressen und Telefonnummern. Die Schließung von egin ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Allerdings ist egin den Herrschenden hier im Baskenland schon lange ein Dorn im Auge

Worin äußert sich das?
Eine Gruppe von JournalistInnen um den egin-Redakteur Pepe Rei, die investigativen Journalismus betreiben, wie hier früher Stefan Aust, haben im Baskenland immer wieder größere Skandale ausgelöst. Sie deckten Korruptionen auf, die Verquickung von der bürgerlichen nationalistischen Partei, der PNV, mit der Polizei, beispielsweise deren Votum im baskischen Parlament zugunsten von Bauvorhaben, die auf Zahlung von Schmiergeldern beruhten. Und noch einiges mehr. Egin wird von den ermittelnden Richtern immer wieder vorgeworfen, journalistische Kampagnen zur Vorbereitung von späteren ETA-Attentaten geführt zu haben. Dafür wurde sogar ein Begriff geprägt: Egin apunta y ETA dispara. Egin zielt und ETA drückt ab. Das ist eine unglaubliche Diffamierung dieser journalistischen Arbeit. Pepe Rei wurde 1995 schon einmal verhaftet und war ein Jahr inhaftiert.

Was wurde ihm vorgeworfen?
Er soll Auskünfte über ein bestimmtes Unternehmen bei einer Wirtschaftsdetektei bestellt und ETA zur Verfügung gestellt haben. So habe diese Informationen für eine spätere Erpressung erhalten. Pepe Rei gab zu, diese Auskunftei bemüht zu haben, aber ausschließlich für seine redaktionelle Tätigkeit. Er habe die Unterlagen in das Archiv eingeordnet, das ja bekanntlich allgemein zugänglich sei. Alle 70 oder 80 JournalistInnen von egin bezichtigten sich selbst, diese Informationen an ETA weitergegeben zu haben. Daraufhin mußte Rei freigelassen werden. Auch damals war übrigens Garzón der Ermittlungsrichter. Aber wie gesagt, sie machen nicht nur Front gegen egin, sondern gegen alles, was mit der baskischen Befreiungsbewegung zusammenhängt. Im Dezember letzten Jahres wurde beispielsweise das gesamte Führungsgremium von Herri Batasuna, 23 Personen, zu sieben Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt.

Das ist ein ziemlich hartes Urteil. Wie kam es dazu?
Herri Batasuna ist die politische Partei oder genauer gesagt das Wahlbündnis, in dem letztlich die Menschen organisiert sind, die auch egin lesen. Bei den letzten Bundestagswahlen in Spanien vor zweieinhalb Jahren produzierte Herri Batasuna verschiedene Videoclips. Unter anderem eines, wo die ETA Gelegenheit bekam, ihre Vorstellungen eines selbstbestimmten Baskenlandes darzustellen. Drei vermummte und bewaffnete Männer äußerten ihre Sichtweise zur Lösung des Konfliktes. Das führte wie gesagt dazu, daß der gesamte Vorstand verurteilt wurde und seit Dezember inhaftiert ist. Momentan stehen Verhaftungen und Beschlagnahmungen auf der Tagesordnung. Der Buchhalter einer Institution, die baskischen Schulunterricht anbietet, wurde im Mai verhaftet und die Firmenkonten beschlagnahmt. Der Vorwurf lautete, diese Organisation sei Teil des Finanzimperiums und Geldwaschanlage der ETA. Die Zeit von Juni bis September ist traditionell die Zeit der Fiestas, der Stadtteilfeste. Überall an den Ständen werden Flugblätter und Spendenbüchsen konfisziert.

Dann war die Schließung von egin also abzusehen?
Nein, überhaupt nicht. Trotz allem hat uns das hier völlig überrascht. Natürlich gibt es diese Diffamierungsversuche. Wir glauben, daß die Schließung ein Ablenkungsmanöver ist und egin in drei, vielleicht vier Monaten wieder erscheinen kann.

In welcher Hinsicht ein Ablenkungsmanöver?
Seit etwa zwei Monaten läuft ein Prozeß gegen die Führungsspitze aus den 80er Jahren der PSOE, der spanischen sozialdemokratischen Partei. Sie sollen verantwortlich sein für die Todesschwadronen GAL, Gruppo Antiterrorista de Liberación, die in der Zeit von 83 bis 86 im Baskenland operierten, 35 Tote hinterließen und mehrere Personen entführten. Für eine dieser Entführungen muß sich der damalige Innenminister und sein Staatssekretär verantworten. Die sind letzte Woche zu dreizehn Jahren Knast verurteilt worden. Und eine Woche vor dieser Verhandlung, die unheimliche Publizität erlangen würde, wird egin geschlossen. Und damit ja das Grundrecht auf Pressefreiheit verletzt. Das ist ein ganz sensibler Bereich. Selbst im bürgerlichen Lager ist das umstritten, da Pressefreiheit allgemein als hohes Gut gilt. Entsprechend ist auch die Solidarität mit den ausgesperrten Beschäftigten. Die stehen ja jetzt auf der Straße. Sie haben zwar eine Menge Arbeit, aber werden eben nicht bezahlt. Wir haben heute mit einer Freundin telefoniert, Ainhoa Permach, die Mitglied der Nachrichtenredaktion und Nachrichtensprecherin ist.

Was sagt sie zur momentanen Situation?
Sie erzählte, daß die etwa 250 Beschäftigten, die sich jeden Tag vor dem Betriebsgelände treffen, ein ständiges Ohnmachtsgefühl erleben. Ihnen ist der Zutritt verboten, während die Polizei dort ein- und ausgeht. Sie befürchten, daß die Druckmaschinen bei der



Verhaftung beschädigt wurden, so daß es auch nach der Freigabe des Betriebes schwierig sein wird und eine Menge Geld aufgebracht werden muß, um die Maschinen wieder in Gang zu bringen. Außerdem ist ihre Arbeitssituation völlig unklar. Sie haben kein Recht auf Arbeitslosengeld, weil ja keine Kündigungen vorliegen, sie müßten dazu die Verlagsgesellschaft verklagen. Das ist natürlich undenkbar. Letztendlich müßten sie sich dann ja selbst anzeigen. Außerdem ist die konkrete Arbeit ja auch sehr viel schwieriger geworden. Früher war egin die Zentrale für alle politischen Informationen. Hier lief alles zusammen. Jetzt gibt es nicht einmal ein zentrales Telefon. Am Donnerstag riefen die egin-Beschäftigten zu einer zweistündigen Solistreik auf. Es ist ungemein schwierig, nachzuvollziehen, wieviele Kolleginnen und Kollegen in anderen Betrieben sich dem angeschlossen haben. Sie geben jetzt eine Notzeitung, Euskadi (Information),heraus. Jeden Tag muß dafür eine Druckerei gefunden werden. Bei Orain wurde auch eine rein baskische Zeitung, egunkaria (Tageszeitung), gedruckt. Normalerweise verkauft egunkaria etwa 15.000 Exemplare täglich. Jetzt kann sie gar nicht mehr erscheinen.

Wie ist die Situation der Verhafteten?
Darüber wissen wir leider nicht sehr viel. Bemerkenswert ist, daß allen Verhafteten die Zulassung ihrer Wahlverteidiger verweigert wurde, sie bekamen Pflichtverteidiger zugeordnet. Das gab es in Spanien noch nie. Wir vermuten, das hängt damit zusammen, daß die Verteidiger alles prominente Herri Betasuna Anwälte sind. Wir haben keine Informationen darüber, ob es schon konkrete Forderungen für die Dauer der Haftstrafen gibt. Nächste Woche fahren wir zurück ins Baskenland. Dann werden wir mehr erfahren.

Dann danke ich Euch für dieses Gespräch und wünsche Euch und den Kolleginnen und Kollegen von egin viel Erfolg.
Birgit Gärtner, aus: Lokalberichte HH

Repression gegen MRTA-Vertreter

Geiselnahme per Telefon !

Gegen den in Hamburg lebenden Sprecher der peruanischen Guerillaorganisation MRTA, Isaac Velazco, und die peruanische Menschenrechtsaktivistin Ada Beráun werden immer größere justizielle Geschütze aufgefahren. Nachdem das im vergangenen September von der Hamburger Innenbehörde ausgesprochene politische Betätigungsverbot gegen Isaac Velazco noch immer nicht rechtskräftig ist, hat die Karlsruher Bundesanwaltschaft (BAW) nun ein Strafverfahren gegen das Ehepaar eröffnet. Eine Verurteilung könnte 15 Jahre Knast und Aberkennung der Asylberechtigung bedeuten.

„Daß es sich bei dem blinden Folteropfer aus Peru um einen offenbar gefährlichen Terroristen handeln könnte, hat man in Hamburg offenbar monatelang nicht gesehen oder nicht sehen wollen ... Generalbundesanwalt Kai Nehm sah das offenbar anders.“ (Hamburger Abendblatt, 6.5.98

Auf der Jagd

Mehr als ein Jahr nach der mit einem Massaker an den Guerilleros beendeten Residenzbesetzung in Lima will der Generalbundesanwalt entdeckt haben, daß die MRTA-Aktion von Hamburg aus mitgeplant und unterstützt worden sei. Am 5. Mai inszenierte er eine medienwirksam zur „Guerilla-Jagd“ (Mopo, 6.5.98) hochstilisierte neunstündige Durchsuchung der Wohn- und Arbeitsräume des Ehepaars Velazco/Beráun und ließ das BKA zahlreiche Arbeitsmaterialien mitnehmen. Der Presse gegenüber erklärte die BAW, man werfe den beiden „Geiselnahme“ und „erpresserischen Menschenraub“ vor. Sie würden verdächtigt, während der Residenzbesetzung von Hamburg aus Kontakt zu den Besetzern gehabt zu haben. Außerdem hätten sie die Geiselnahme „propagandistisch (!) unterstützt“. Öffentlich hätte Isaac Velazco angekündigt, die gefangenen Botschaftsgäste würden im Fall einer Erstürmung erschossen, er habe damit „Druck auf die peruanische Regierung“ ausgeübt.

Die BAW schien ihren eigenen „Verdacht“ nicht so recht ernst zu nehmen und hatte nicht nur keine Haftbefehle vorzuweisen, sondern verzichtete auch auf eine Vernehmung der Beschuldigten. In erster Linie ging's ihr wohl um ein außenpolitisches Signal - wie ja auch das politische Betätigungsverbot mit dem Hinweis begründet worden war, durch Isaac Velazcos öffentliche Äußerung bestünde „eine erhebliche Gefährdung der außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland“. Ein Staat, der immer mehr in die Rolle des Weltpolizisten hineindrängt, muß eben beweisen, daß er sein eigenes Haus sauber halten kann. Für die beiden Aktivisten, deren Öffentlichkeitsarbeit man jetzt zum schwerstkriminellen Akt machen will, steht mit dem Verfahren einiges auf dem Spiel: Bei einer Verurteilung müßten sie mit 15 Jahren Gefängnis und der Aberkennung der Asylberechtigung rechnen.

Neben der außenpolitischen Wirkung scheint die BAW Ziele zu verfolgen, die sonst für §129a-Verfahren (Mitgliedschaft in, Unterstützu8ng von, Werbung für eine terroristische Vereinigung) typisch sind: Ausschnüffeln von Zusammenhängen durch Beschlagnahmungen in einem Verfahren, das aller Voraussicht nach eh eingestellt wird, Erschwerung der politischen Arbeit durch repressive Maßnahmen (z.B. Wegnehmen von Arbeitsmaterialien), Schaffung eines von Hysterie geprägten öffentlichen (Feind-)Bildes und Einschüchterung. Die BAW ist übrigens für Verfahren wegen Geiselnahme bzw. erpresserischem Menschenraub gar nicht zuständig, in Wirklichkeit haben wir es hier wohl mit einem verdeckten 129a-Verfahren zu tun. Schon Anfang letzten Jahres hatte die BAW versucht, die MRTA-Vertretung zur terroristischen Vereinigung zu erklären - was aber bereits daran scheiterte, daß eine Person allein keine „Vereinigung“ sein kann.

Verbote, Verbote, Verbote

In der Perspektive der internationalen Aufstandsbekämpfungs-ExpertInnen gilt es, schon die Öffentlichkeitsarbeit von Befreiungsorganisationen zu verhindern. Das im vergangenen September verhängte politische Betätigungsverbot für Isaac Velazco (das solange nicht rechtskräftig werden kann, wie die von Velazco eingereichte Klage noch nicht verhandelt ist) ist ein Versuch dazu gewesen. Er steht in einer ganzen Reihe von Versuchen der Gängelung und der Verhinderung von Öffentlichkeitsarbeit:

– Wie dem „Hamburger Abendblatt“ zu entnehmen war, kam es im vergangenen Jahr zu einer Begegnung Isaac Velazcos „mit Staatsschützern, die ihn in seiner Wohnung aufgesucht und vor den politischen Konsequenzen seiner Solidaritätsbekundungen gewarnt hatten“ (HA, 6.5.98).
– Die deutsche Botschaft in Lima drückte der Mutter Ada Beráuns einen Stempel in den Paß, der besagt, sie sei für fünf Jahre in der BRD unerwünscht.
– Das Auswärtige Amt verweigerte einer Gruppe von Müttern von bei der Residenzerstürmung getöteten MRTA-Mitgliedern die Einreise. Sie befanden sich auf einer Rundreise mit Vertreterinnen der „Mütter von der Plaza de Mayo“, einer argentinischen Organisation von Angehörigen Verschwundener. Wegen des Einreiseverbotes konnten sie u.a.

einen Termin beim Menschenrechtsausschuß des Bundestages nicht wahrnehmen.
- Die peruanische Regierung beantragte die Auslieferung Isaac Velazcos (der in Peru wegen „Vaterlandsverrats" mehrfach zu lebenslanger Haft verurteilt ist).
– Die Schweiz, die auch Sitz des UNO-Menschenrechtsausschusses ist, sprach ein bis 2002 gültiges Einreiseverbot gegen Isaac Velazco aus. Für eine Bearbeitung des Widerspruchs verlangte sie einen „Kostenvorschuß auf zu erwartende Verfahrenskosten" über umgerechnet 600 Mark. Dieses Einreiseverbot, das bereits im Juni vergangenen Jahres schriftlich formuliert worden ist, ist erst mit seiner Zustellung wenige Tage vor der Hausdurchsuchung rechtswirksam geworden. Die beiden Repressionsmaßnahmen des schweizerischen und des deutschen Staats fanden just zu dem Zeitpunkt statt, an dem die MRTA-Gefangenen in Perus Knästen im Hungerstreik waren. Er sollte verhindern, daß die peruanische Regierung von der internationalen Öffentlichkeit unbemerkt ein weiteres Massaker unter den Inhaftierten vorbereiten könne. Zudem richtete er sich gegen die Politik einer schleichenden Ermordung der Gefangenen. Perus politische Häftlinge werden physisch und psychisch gefoltert. Viele sind rund ums Jahr Temperaturen um den Gefrierpunkt ausgesetzt. Manche in Isolationshaft gehaltene Gefangene werden über Monate und Jahre hinweg in - teils fensterlose und unbeleuchtete - Zellen von sechs Quadratmetern Größe eingesperrt. Das Essen ist meist zuwenig oder ungenießbar, die Wasserzuteilung streng rationiert.

Diese Haftbedingungen haben sich auch nach der Beendigung des Hungerstreiks am 12. Mai kaum verbessert. Anders als vor dem Streik können nun VertreterInnen des Roten Kreuzes zu den Gefangenen. Außerdem ist den Angehörigen jetzt einmal pro Woche ein Besuch gestattet. Da die Häftlinge aber nach wie vor in Hochsicherheitsknästen in entlegenen Gebieten einsitzen, müssen Verwandte für jeden Besuch mehrere Tage Reise auf sich nehmen. Als zusätzliche Schikanemaßnahme verlangen die Gefängnisleitungen, daß mitgebrachtes Obst und Gemüse geschält sein muß, zudem darf es nicht in festen Behältnissen aufbewahrt werden.

Und wir?

Isaac Velazco und Ada Beráun gehören zu den wenigen oppositionellen Stimmen aus Peru, die die internationale Öffentlichkeit über die Situation in dem südamerikanischen Folterstaat informieren. Die beharrlichen Bemühungen, sie zum Schweigen zu bringen, sind auch ein Angriff auf unser Informationsrecht. Doch diese Bemühungen zielen nicht nur darauf, Berichte über die Zustände im „demokratischen" Peru und die Folgen der neoliberalen Politik der großen Wirtschaftsmächte zu unterdrücken - Berichte über Todesschwadrone, extralegale Hinrichtungen, Ausnahmerecht, Folter, 5000 politische Gefangene und, laut Weltbank, 13 Millionen Menschen, die von weniger als einem Dollar täglich leben müssen. Sie verfolgen auch das Ziel, den Befreiungskampf im Trikont von hier aus mit zu bekämpfen.

Solidarität mit den Befreiungsorganisationen in den drei Kontinenten!
Redefreiheit für Isaac Velazco!
Sofortige Einstellung des Strafverfahrens gegen ihn und Ada Beráun, sofortige Rückgabe der beschlagnahmten Sachen!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Die Terroristen sitzen in der Regierung Fujimori, nicht in Hamburg.

Rote Hilfe e.V., Postfach 306 302, 20329HH

Pressemitteilung

Erneuter Prozeß gegen Safwan Eid

Mit der Entscheidung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofs steht fest, daß das LG Kiel über die Anklage gegen Safwan Eid erneut verhandeln muß. Die Verteidigung hält die Wiederholung der Beweisaufnahme für überflüssig. Auch eine erneute Verhandlung kann nur zu einem Freispruch führen. Entgegen der Behauptung der Revision ergibt sich aus dem Akteninhalt eindeutig, daß der Inhalt der Abhörprotokolle nicht geeignet ist, Safwan Eid zu belasten.

Das neue Verfahren wird allerdings Gelegenheit geben, die teilweise unzutreffenden tatsächlichen Feststellungen des LG Lübeck zu überprüfen und abzuändern. Dies gilt z.B. für die Frage, ob ein Brandanschlag von außen ausgeschlossen werden kann als auch für die Feststellung des Brandentstehungsortes. In diesem Zusammenhang wird das wiederholte Geständnis von Maik W. besonders zu berücksichtigen sein. Auch wird angesichts des neu aufgetauchten „Wir-warn's-Zeugen" die von der Verteidigung schon immer in Zweifel gezogene Glaubwürdigkeit des Zeugen Leonhardt erneut überprüft werden müssen.

Safwan Eid war und ist der falsche Angeklagte im Prozeß um die Aufklärung des Brandes in Lübeck. Der Umstand, daß das Verfahren gegen Safwan Eid gleichwohl weitergeführt wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß allein gegen die Grevesmühlener Jugendlichen dringender Tatverdacht besteht.

Hamburg, den 24. Juli 1998, RAin Gabriele Heinecke, RAin Barbara Klawitter

Spendenaufruf

Für die Verteidigung von Safwan Eid im Revisionsverfahren wurden 2 Revisionsspezialisten beauftragt. Auch wenn dies im Ergebnis nichts genützt hat: Es sind hierfür DM 10.000,- Unkosten entstanden. Damit die Familie Eid auf diesen horrenden Kosten nicht sitzen bleiben muß, wollen wir hierfür die Unterstützung organisieren und sammeln. Bitte spendet zahlreich auf folgendes Konto:

Hypo-Bank BLZ: 200 208 60, Kto.Nr.: 2100266612, Stichwort: Safwan Eid, Kontoinhaber: G. Kayser

JVA Uelzen

Kurdische Gefangene im Hungerstreik

Wir veröffentlichen (leicht gekürzt) eine Pressemitteilung der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen zum Hungerstreik von drei kurdischen Gefangenen. Diese haben ihren Hungerstreik inzwischen abgebrochen. Doch sein Grund besteht fort.

Um ihre Abschiebung in die Türkei zu verhindern, sind ... drei Kurden in der JVA Uelzen im Hungerstreik. Am 21. Juli 98 haben fünf Kurden das Todesfasten begonnen. Zwei von ihnen, die aus Solidarität den Hungerstreik mitbegonnen hatten, haben ihn mittlerweile beendet. Das Todesfasten ist für die drei Kurden eine politische Kampfform, in der sie ihre letzte Chance sehen, ihre drohende Abschiebung zu verhindern. IN den Gefängnissen in der Türkei ist das Todesfasten der Gefangenen eine wichtige politische Aktion, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen und die Bedingungen in den Gefängnissen ein wenig zu verbessern. Auch hier ist das Todesfasten politisch begründet und ein deutliches Zeichen des Willens zum Leben.

(...)

Der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen wurde von Angehörigen der Hungerstreikenden mitgeteilt, daß der Gesundheitszustand der drei schon jetzt bedrohlich ist. Die drei wollen ihren Hungerstreik aber weiterführen.

Olaf Meyer, ein Sprecher der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen erklärte gegenüber der Presse, daß die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen auch weiterhin die drei Kurden unterstützen wird und sich für ihre Freilassung einsetzen wird. Auch appellierte er an die politisch Verantwortlichen in der BRD, den KurdInnen einen Gruppenstatus und uneingeschränktes Asylrecht zuzuerkennen. Die drei Kurden sind aus der Türkei geflohen, um hier Schutz vor Verfolgung des kurdischen Volkes durch das türkische Regime zu finden. Ihre Asylanträge wurden abgelehnt, obwohl die Situation in Kurdistan und der Türkei bekannt ist. Eine Abschiebung bedeutet eine Bedrohung ihres Lebens, denn in der Türkei sind alle KurdInnen akut gefährdet.

Die Antifaschistische Aktion Lüneburg/ Uelzen fordert:

sofortige Freilassung der drei Hungerstreikenden
einen sofortigen Abschiebestopp für alle KurdInnen
ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge

Interview mit dem von Abschiebung bedrohten Recep Öz

Über vier Wochen im Hungerstreik

Sie saßen seit dem 28. Mai in Abschiebehaft in Berlin, am Donnerstag sind Sie entlassen worden. An dem Tag, an dem Sie eigentlich in die Türkei abgeschoben werden sollten. Warum sollten Sie abgeschoben werden?
Der Vorwurf lautet, ich halte mich illegal in Deutschland auf.

Wie haben Sie die Zeit der Abschiebehaft erlebt?
In dem Abschiebegefängnis sitzen Leute, die sind schon 17 Monate da. Aus Algerien, Aserbaidschan ... Ein Afrikaner ist neun Monate dort.

Am 15. Juni (1) begann ich den Hungerstreik. In der Nacht vom vergangenen Montag zum Dienstag kam ich das erste Mal ins Krankenhaus. Der Arzt sagte mir, daß ich im Krankenhaus bleiben sollte und behandelt werden müsse. Ich müsse Infusionen erhalten. Die Infusionen lehnte ich ab, weil damit mein Hungerstreik beendet gewesen wäre. Weil ich dies ablehnte, wurde ich wieder zurück nach Berlin-Grunau ins Abschiebegefängnis gebracht, wo ich in eine Zelle in der Krankenstation eingesperrt wurde. Ein Sanitäter sagte mir, daß ich so lange in der geschlossenen Zelle bleiben müßte, bis ich wieder esse. Ich durfte weder Besuch erhalten noch telefonieren. Ich habe dennoch gesagt, daß ich nicht essen werde. Sie haben mich provoziert und das Essen in die Zelle gestellt. Ich mußte in dieser Zelle bleiben, bis mich am Mittwoch morgen ein Arzt von draußen untersuchte, dessen Untersuchung ich beantragt hatte. Erst danach wurde ich wieder in meine alte Zelle zusammen mit anderen Leuten gelassen.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag kam ich noch einmal ins Krankenhaus. Auch die Ärztin im Krankenhaus sagte, daß ich behandelt werden müßte und Infusionen brauchte. Auch diesmal lehnte ich ab. Ich wurde dann wieder nach Grünau gebracht, zunächst auf die Krankenstation, später in eine Einzelzelle im Erdgeschoß. Ich wurde am Donnerstag früh noch einmal kurz von der Polizeiärztin und einem anderen Arzt untersucht. Ich wollte meine Anwältin anrufen, weil ich wußte, daß ich nachmittags abgeschoben werden sollte. Doch ich durfte nicht anrufen. Außerdem wollte ich später noch einmal einen Arzt sprechen, doch er Polizist sagte mir, daß er die Polizeiärztin gefragt habe und diese habe gesagt, daß ich gesund sei und deshalb in dieser Zelle bleiben sollte.

Nachmittags sagte mir dann ein Polizist, daß ich entlassen werden. Ich erhielt nur einen Zettel, daß ich mich in Euskirchen melden soll, wo ich meinen ersten Asylantrag gestellt hatte. Sonst nichts. Ich wurde verabschiedet mit den Worten „Wir werden uns wiedersehen!" Ich fragte, wie denn? „Du wirst schwarzfahren mit der U-Bahn, dann werden wir Dich wieder haben." Ich habe gewagt, daß ich nicht schwarzfahre, und bin gegangen.

Was ergab Ihr Asylantrag?
Man hat mich nicht angehört. Am 12. Juni gab ein Richter bekannt, daß ich zum 25. August abgeschoben werden muß. Dieser Bescheid wurde mir gegeben. Angehört wurde ich nicht.

Was würde eine Abschiebung in die Türkei für Sie bedeuten?
Wenn ich in die Türkei abgeschoben werde, werde ich festgenommen. Der türkische Geheimdienst kennt meinen Namen. Ich werde mit Haftbefehl gesucht. Ich habe in der Türkei in der PIK gearbeitet, im Irak habe ich an einer politischen Schulung der ERNK teilgenommen und wurde dabei vom türkischen Geheimdienst fotografiert. In Deutschland habe ich an verschiedenen Aktionen für die Rechte der Kurden teilgenommen. In den letzten Wochen stand mein Name wegen des Hungerstreiks oft in der Zeitung.

Es ist auch in Deutschland bekannt, was mit politisch aktiven Kurden in der Türkei passiert. Wenn ich abgeschoben werde, werden sie mich gleich festnehmen und dann entweder offiziell verurteilen oder „verschwinden lassen". Ich würde eine Abschiebung in die Türkei nicht überleben.

Es gab weltweit Protest gegen Ihre geplante Abschiebung. (2) Meinen Sie, daß Jörg Schönbohm Sie in Berlin bleiben lassen wird?
Ich weiß es nicht. (3)
Interview: Jana Muth, junge Welt, 21.7.

Anmerkungen von der Redaktion nach Informationen der Anti-rassistischen Initiative Berlin

(1) Aus Protest gegen ihre Abschiebung und die Haftbedingungen in der Abschiebehaft Köpenick traten Mitte Juni 1998 ca. 22 Gefangene in den Hungerstreik. Dies war der zweite Hungerstreik innerhalb weniger Wochen.

Die drei kurdischen Hungerstreikenden forderten, nicht in die Türkei abgeschoben zu werden. „Wenn ich sterben soll, dann hier", so die Aussage eines Betroffenen, der bei seiner Abschiebung in die Türkei mit Folter und Tod rechnen muß. Am Samstag, dem 27. Juni, wurde einer der kurdischen Hungerstreikenden in die Türkei abgeschoben. Er wurde zuvor in der Abschiebehaft mißhandelt und geschlagen. Er war stark suizidgefährdet und hätte dringend eine psychologische Betreuung gebraucht.

Ukrainische, russische, kasachische und aserbaidschanische Flüchtlinge protestierten gegen die 2-6monatigen Inhaftierungszeiten. Aufgrund der zermürbenden und menschenverachtenden Haftbedingungen haben sich diese Häftlinge sogar mit ihrer Abschiebung einverstanden erklärt. „Die Haft ist nicht human und nicht gerecht. Wenn Sie uns nicht abschieben können, entlassen Sie uns in die Freiheit", forderten die Hungerstreikenden. Die Flüchtlinge aus den GUS-Staaten müssen Monate in der Abschiebehaft verbringen, weil keine gültigen Ausweispapiere von den Botschaften ausgestellt werden.

(2) Christa Wolff und der Tübinger Professor Dr. Walter Jens haben sich am 15.7. in einem Appell an Senator Schönbohm dafür eingesetzt, daß Recep Öz nicht in die Türkei abgeschoben wird. „Wir bitten Sie dringend, den Fall Recep Öz im Sinne einer humanistischen Lösung zu überprüfen, ehe ein nicht wieder gut zu machendes Unglück geschieht", heißt es im Schreiben der beiden Persönlichkeiten. „Recep Öz würde in der Türkei in Gefahr für Leib und Leben geraten. Wir schließen uns dem Appell unserer französischen Kollegen an und sind uns dabei bewußt, daß wir in Deutschland aufgrund unserer Geschichte eine besondere Verpflichtung gegenüber politischen Flüchtlingen haben."

Aus Frankreich hatte sich der Bestseller Autor Gilles Perrault im Namen einer Gruppe französischer Intellektueller bereits Anfang Juli an Senator Schönbohm gewandt und verlangt, für Recep Öz „eine humanitäre Lösung zu finden, die der Achtung der Menschenrechte entspricht". „International Prison Watch" mit Sitz in Lyon, die über Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen verfügt, hatte in einem von Generalsekretär David Fabbro unterzeichneten Schreiben an Bundeskanzler Kohl und an die deutsche Botschaft in Paris erklärt, „die Abschiebung von Recep Öz wäre eine flagrante Verletzung des Art. 3 der internationalen Konvention gegen die Folter, die auch von Ihrem Land unterschrieben wurde und in der es heißt, daß niemand in ein Land abgeschoben werden darf, in dem Folter praktiziert wird."

Weiterhin gab es auch öffentliche Proteste in Berlin.

(3) Recep Öz ist noch in Berlin, da er weder reise- noch transportfähig ist. Seine Situation bleibt offen, d.h. es ist weiterhin unklar, was mit ihm geschieht.

Wieder Menschen „verschwunden"

Kein Abschwellen der Terrorwelle in der Türkei in Sicht

Das Attentat auf den Vorsitzenden des IHD Akin Birdal, Angriffe der Polizei auf die 1.Mai-Demonstration in Istanbul, die mit Hunderten von Verletzten und einem Toten endeten, Festnahmen der „Samstags-Mütter", der Angehörigen von Verschwundenen und Gefangenen bei ihrer wöchentlichen Kundgebung in Istanbul am 9. Mai 1998, die Ermordung des Studenten Kenan Mak in Bolu am 2. Mai 1998 ...

(...) Nun wurde ein weiteres Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Türkei bekannt: Seit dem 31. März 1998 werden Neslihan Uslu, Hasan Aydogan, Mehmet Ali Mandal und Metin Andas vermißt. Sie sind die neusten von mehr als 600 „Verschwundenen" in der Türkei. Die ursprünglich aus Lateinamerika bekannte Methode der Konterguerilla, mißliebige Personen einfach „verschwinden" zu lassen, fand nach dem Militärputsch 1980 auch in der Türkei Anwendung. Seit Mitte der 90er häufen sich die Fälle von „Verschwindenlassen".

Die jüngsten vier „Verschwundenen" wurden am 31. März 1998 in Izmir von der Polizei festgenommen. Seitdem hat man keine Nachricht mehr von ihnen erhalten können. Obwohl ihre Festnahme bezeugt werden kann, leugnen alle zuständigen Behörden, von den Polizeiwachen über die Gefängnisse in Buca und Bergama (Umgebung von Izmir) bis hin zu Innenministerium, etwas über ihren Verbleib zu wissen.

Alle vier waren schon vorher häufigen Repressionen bis hin zur Bedrohung mit dem Tode oder dem „Verschwindenlassen" ausgesetzt.

Neslihan Uslu (30 Jahre alt) war Chefredakteurin der Zeitschrift „Devrimci Genclik" (Revolutionäre Jugend). Wegen ihrer Tätigkeit in der legalen Zeitschrift wurde sie unzählige Male verhaftet und gefoltert.

Metin Andas ist 46 Jahre alt. Als Bauer aus der Region Bergama (bei Izmir) engagierte er sich im Widerstand der dortigen Bevölkerung gegen die Firma Eurogold. Eurogold schürft in Bergama unter der Verwendung von Zyanit nach Gold. Metin war einer derjenigen, die nachwiesen, daß das Zyanit Wasser und Boden vergiftet. Trotz Morddrohungen organisierte er einen Prozeß gegen Eurogold, in dem dieser die Verwendung von Zyanit untersagt wurde. Eurogold schürft jedoch weiter ...

Mehmet Ali Mandal (40 Jahre alt) und Hasan Aydogan (24 Jahre alt) waren ebenfalls schon vor ihrem „Verschwinden" häufige Opfer der staatlichen Repression in der Türkei.

Alle vier Verschwundenen wurden unter der Beschuldigung, Mitglieder der verbotenen Organisation DHKP-C zu sein, mehrmals mit dem Tode bedroht, verhaftet, gefoltert und teilweise zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Ihre herausragende Rolle im Widerstand der Menschen in der Türkei gegen ein Unrechtsregime ist der Grund dafür, daß der Staat nun versucht, sie auf Nimmerwiedersehen „verschwinden" zu lassen.

Noch besteht Hoffnung, daß alle vier am Leben sind. Auf Initiative des Komitees „Schluß mit dem Verschwindenlassen" haben u.a. amnesty international und die Organisation Mondiale contre la Torture (OMCT) dazu aufgerufen, die Behörden in der Türkei nach dem Verbleib der Verschwundenen zu fragen und ihre Freilassung zu fordern bzw. dazu aufzufordern, sie im Falle einer Anklage vor ein ordentliches Gericht zu stellen.

(...) *Heike Schrader (gekürzt)*



Bild: Hasan Aydogan, Mehmet Ali Mandal

Erklärung des Rechtsbüros des Volkes

Die Rechtsanwälte fragen das Parlament nach dem Schicksal der Verschwundenen

Das Rechtsbüro des Volkes hat sich bezüglich dem Verbleib von Neslihan Uslu, Metin Andac, Hasan Aydogan und Mehmet Ali Mandal, die zuletzt am 31. März 1998 in Izmir gesehen wurden und von denen seitdem jede Nachricht fehlt, mit einer Erklärung an das Türkische Parlament (TBMM) gewandt.

An die Menschenrechtskommission des TBMM

Von Neslihan Uslu, Metin Andac, Hasan Aydogan und Mehmet Ali Mandal, die zuletzt am 31.3.98 in Izmir gesehen wurden, konnte seitdem keine Nachricht erhalten werden. Die oben genannten Personen sind Verwandte 1. Grades von MandantInnen von uns. Da von den genannten Personen jede Nachricht fehlt und sie zuletzt in Izmir gesehen worden sind, haben wir am 15. April 1998 die Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts Izmir, den Oberstaatsanwalt von Izmir, das Polizeipräsidium und die Gendarmeriewachen der Region direkt dazu angefragt, ohne etwas über ihren Verbleib zu erfahren.

Auch in den Registern der Gefängnisse Buca und Bergama wurden die Namen der genannten Personen nicht erfaßt.

Die politischen Qualitäten unserer MandantInnen lassen zunehmend die Befürchtung aufkommen, daß diese verschwunden sind.

In der Türkei sind erneut vier Menschen „verschwunden"

Neslihan Uslu, Metin Andas, Mehmet Ali Mandal und Hasan Aydogan werden seit dem 31. März 1998 vermißt. An diesem Tag wurden sie zuletzt gesehen, als sie von der Polizei in Izmir festgenommen wurden.

Rechtliche Anfragen von Anwälten und Familienangehörigen nach deren Verbleib beantworteten die Behörden nur mit: „Hier sind sie nicht."

Ein einziges Mal bekamen die Anwälte vom Polizeipräsidium in Izmir die Antwort, daß diese vier Menschen zum Staatssicherheitsgericht gebracht worden seien. Später wurde diese Aussage jedoch zurückgenommen. Demnach steht zu befürchten, daß man vorhat, diese Menschen zu ermorden.

Wir fordern die Regierung zur Stellungnahme auf!

Wir fragen: Wo sind diese vier Menschen?

Was ist mit ihnen geschehen, nachdem sie am 31. März 1998 in Izmir festgenommen wurden?

Der Staat hat sie lebend festgenommen - wir fordern sie lebend zurück!

Name	Anschrift	Datum/Unterschrift

Bitte einsenden an: Komitee „Schluß mit dem Verschwindenlassen", Kalkarer Str. 2, 50733 Köln, Tel. (02 21) 7 60 76 56, Fax (02 21) 7 60 28 87

Prozeß gegen Eva Juhnke

„Das Urteil soll abschreckende Wirkung haben"

Am 23. Juli berät zum achten mal ein türkisches Gericht in der kurdischen Stadt Van gegen die Hamburgerin Eva Juhnke (auf dem Bild links), die wegen angeblicher PKK-Mitgliedschaft angeklagt ist.

Eva Juhnke lebt seit fünf Jahren in Kurdistan und wurde im Oktober des letzten Jahres auf irakischem Gebiet in der Nähe der Grenze zur Türkei von türkischen Militärs festgenommen (wir berichteten).

Seit Ende letzten Jahres ist sie im kurdischen Mus inhaftiert, etwa vier Monate als einzige Gefangene in einen Gefängnistrakt, ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt und zu den anderen Mitgefangenen. Inzwischen teilt sie die Zelle mit drei Frauen, politische Gefangene wie sie selbst.

„Meine Tochter ist angeklagt wegen Mitgliedschaft in der PKK", sagt Doris Juhnke, Evas Mutter. „Darauf stehen in der Türkei Haftstrafen bis zu vierundzwanzig Jahren. Der Staatsanwalt hat für Eva zwölf bis achtzehn Jahre gefordert. Und das ist beinahe noch ein Glück, denn für eine ihrer Zellengenossinnen, ein siebzehnjähriges Mädchen, das ebenfalls wegen PKK-Mitglidschaft angeklagt ist, hat der Staatsanwalt die Todesstrafe gefordert (auf dem Bild ganz rechts). Da wird die PKK-Mitgliedschaft dann zum Vaterlandsverrat. Das können sie meiner Tochter als deutsche Staatsbürgerin ja nun nicht vorwerfen."

Doris Juhnke rechnet damit, daß am 23. Juli das Urteil gesprochen wird: „Ich hatte kürzlich Gelegenheit, mit den beiden Istanbuler Rechtsanwältinnen Eren Keskin und Jutta Hermanns darüber zu sprechen. Beide vermuten, daß beim nächsten Mal das Verfahren beendet wird. Sie rechnen mit einer Haftstrafe von circa fünfzehn Jahren, da nicht davon auszugehen ist, daß die Richter die Höchststrafe verhängen werden. Aber sie werden sich auch nicht für das niedrigste Strafmaß entscheiden, denn schließlich soll das Urteil abschreckende Wirkung haben."

Anwältin Jutta Hermanns hatte versucht, eine Lockerung der Haftbedingungen für Eva Juhnke zu erreichen. Das wurde vom Richter mit der Begründung abgelehnt, ihm lägen haufenweise Akten vor, in denen dokumentiert sei, unter welchen miserablen Bedingungen türkische StaatsbürgerInnen in der Bundesrepublik inhaftiert wären. Wieso also ausgerechnet für eine Deutsche eine Ausnahme machen?

Beim letzten Prozeßtag am 11. Juni mußte das Gericht sich zunächst einmal überhaupt für zuständig für die Verurteilung Eva Juhnkes erklären. Verhaftet wurde sie von türkischen Militärs, aber auf irakischem Staatsgebiet, „in Süd-Kurdistan", wie Eva Juhnke dem Gericht wiederholt erklärte. Mit der Begründung, Süd-Kurdistan existiere nicht, wies der Richter den Antrag des Anwalts ab, den Prozeß gegen Eva Juhnke an interantionale Gerichte zu übergeben.

Eren Keskin beantragte, Jutta Hermanns als weitere Verteidigerin zuzulassen. Schließlich sei Eva Juhnke Ausländerin und könne sich nicht ausreichend auf türkisch verständigen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Außerdem erstattete Eren Keskin Anzeige dagegen, daß die Angeklagte gegen ihren Willen einem sogenannten Jungfäulichkeitstest unterzogen worden war. Als Eva Juhnke diese gynäkologische Zwangsuntersuchung verweigerte, wurde sie von den Soldaten gewaltsam ausgezogen. Sechs Militärs hielten sie fest, während der Arzt die Untersuchung durchführte. Auch diesen Antrag lehnte das Gericht ab. Die Anwältin erhob daraufhin Klage vor der Europäischen Menschenrechtskommission wegen erniedrigender Behandlung, Folter und Eingriff in die Intimsphäre.

Nachdem Eren Keskin Klage erhoben hatte, versuchten die türkischen Militärs, das Untersuchungsprotokoll verschwinden zu lassen. Der Arzt fertigte dieses Protokoll in dreifacher Ausführung an, die er in der Klinik, in der die Untersuchung durchgeführt wurde, aufbewahrte. Er verweigerte die Herausgabe von allen drei Exemplaren, da eine Kopie in der Klinik bleiben müsse. „Unter den gegebenen Umständen ist das fast schon so etwas wie Widerstand", sagt Doris Juhnke. „Jedenfalls hat er wenigstens an diesem Punkt Zivilcourage gezeigt."

Der 23. Juli wird der achte Prozeßtag sein. Nachdem die ersten drei Termine, von denen Eva weder vorher wußte noch sich durch einen Anwalt vertreten lassen konnte, ergebnislos nach wenigen Minuten endeten, reist seit dem vierten Prozeßtermin jeweils eine Delegation zur Sicherstellung der anwaltlichen Vertretung sowie eines korrekten Ablaufs nach Kurdistan. Wer zur Finanzierung dieser Delegationen beitragen möchte, kann das mit einer Spende auf das Konto von prison watch international tun: Volksbank Göttingen, Konto 101021200, BLZ 260 900 50, Stichwort EVA.

aus: Lokalberichte Hamburg

Nachzutragen ist, daß das Gericht die Urteilsverkündung auf den 17. September verschoben hat, da die Stellungnahme von Eva Juhnke noch nicht ins Türkische übersetzt gewesen war und deshalb auch nicht vorgetragen werden konnte.



Herausgeber : Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 65929 Frankfurt / M. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V. i. S. d. P. : Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift und Bestellungen :** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel.: (040)43 18 88 20, Fax : (040)43 18 88 21. Einzelpreis : 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM, ein Halbjahresförderabonnement 30,00 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto : Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. – Herstellung und Drucklegung : GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 194. ***Redaktionsschluß für Nr.211: So, 30.8.98***